



Nr. 6 des Grossen Gemeinderates (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 15. Dezember 2011 von 16.00 - 21.05 Uhr	
Ort	im TELL-Saal, Bernstrasse 101 , 3072 Ostermündigen	
Vorsitz	Riesen Norbert (SP)	1
Stimmzähler	Rüfli Roland (FORUM) und Schär Roger (parteilos)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose:</i> Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Grossniklaus Bruno, Hirt Bruno, Kehrl Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Schärer Liliane, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian	11
	<i>SVP:</i> Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Müller Lucia, Truog Markus, Weber Beat (<i>ab 16.10 Uhr</i>), Wegmüller Nadine (<i>ab 16.50 Uhr</i>)	6
	<i>EVP:</i> Bolliger Renate, Fels Silvia, Schröer Chris, Wagner Peter, Wagner Rahel	5
	<i>FORUM:</i> Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schaller Esther, Schenk Madeleine	4
	<i>FDP:</i> Gfeller Heinz, Werner Michael	2
	<i>CVP:</i> Rippstein Eduard, Löhner Sandra (<i>bis 19.50 Uhr</i>)	2
	<i>Total anwesend</i>	<u>33</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i>	
	Zahler Christian (Gemeindepräsident), Baumgartner Gerhard, Blasler Erich, Ernst Synes, Iten Thomas, Lüthy Ursula, Panayides Alik Maria (<i>ab 16.15 Uhr</i>), Unteregger Schütz Regula, Wegmann Peter sowie Gemeindeschreiberin Meyer Marianne	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt abwesend	<i>GGR-Mitglieder:</i> Bracher Peter (SVP), Landolf Marianne (SVP), Leumann Beat (FDP), Schoop Henrik (FDP), Scheidegger Jürg-Sven (SP), Wegmüller Thomas (SVP) und Zaugg Gerhard (SVP)	

TRAKTANDEN

56.	Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 8. September 2011; Genehmigung	180
57.	Protokoll der 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 27. Oktober 2011; Genehmigung	181
58.	Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates pro 2012	182
59.	Geschäftsprüfungskommission (GPK): Wahl Präsidium und Vizepräsidium pro 2012	184
60.	Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl R. Mahler	185
61.	Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl H. Gfeller.....	186
62.	Planungskommission; Ersatzwahl	187
63.	Prognose der Gemeindeentwicklung: Grundlage für den Finanzplan; Kenntnis- nahme	188
64.	Verwaltungszentrum an der Poststrasse 6 in Ostermundigen: Orientierung über das geplante Vorgehen; Kenntnisnahme	192
66.	Finanzplan und Investitionsprogramm 2012 - 2016; Genehmigung	203
65.	Voranschlag der Laufenden Rechnung 2012 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung	210
67.	Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrsfolgen am Dennigkofenweg; schriftliche Beantwortung	231

68.	Orientierung des Gemeinderates	232
	a) Brasserie TELL; weiteres Vorgehen	232
	b) Klimarappen; ein Preis für Gebäudesanierungen	233
69.	Überparteiliche Motion betreffend Einführung der parlamentarischen Initiative; parlamentarischer Neueingang	236
70.	Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend private Beiträge für Exkursionen, Landschulwochen zur Stärkung der sozialen Kompetenz der Schüler in unserer Gemeinde; parlamentarischer Neueingang	237

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) von Ostermundigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Pressevertreterinnen herzlich willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftgemäss publiziert worden ist.

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

- ① Momentan sind 31 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.
1. Die Parlamentsmitglieder Heinz Gfeller (FDP) und Thomas Wegmüller (SVP) haben per 31.12.2011 demissioniert.
 2. Gestützt auf Artikel 33 der GO des GGR nehmen zu Traktandum Nr. 64 (Verwaltungszentrum Poststrasse 6) Herr Jürg Hebeisen, Abteilungsleiter Hochbau, sowie zu den Traktanden Nr. 65 und 66 (Voranschlag 2012 und Finanzplan) der Finanzverwalter, Herr Stefan Lanz, an der heutigen Sitzung teil.
 3. Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:
 - Traktandum Nr. 66: „Fragenkatalog zu Finanzplan und Budget“ von Rahel Wagner (EVP) inkl. Antworten
 - Broschüre „Heimat heute; 2011“ des Berner Heimatschutz
 4. Im Anschluss an die Sitzung treffen wir uns im Restaurant Schützenhaus zum traditionellen Jahresschlussessen. Das Essen wird offeriert, die Getränke sind zu bezahlen.
 5. Die nächste Sitzung findet am 16. Februar 2012 statt. Die Sitzungsdaten 2012 sind auf der Gemeindehomepage aufgeschaltet.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 68: Orientierungen des Gemeinderates

- a) Brasserie TELL; aktuelle Situation
- b) Auszeichnung der Stiftung Klimarappen

Parlamentarische Neueingänge

Traktandum Nr. 69: Überparteiliche Motion betreffend Einführung der parlamentarischen Initiative

Traktandum Nr. 70: Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend private Beiträge für Exkursionen, Landschulwochen zur Stärkung der sozialen Kompetenz der Schüler in unserer Gemeinde?

Sandra Löhner (CVP): Ich möchte eine Korrektur an der Traktandenliste vornehmen und stelle den folgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

Das Traktandum Nr. 66 - Finanzplan 2012 bis 2016 ist vor dem Traktandum Nr. 65 - Budget 2012 zu behandeln.

Begründung:

Der Finanzplan ist ein Steuerungsinstrument und das Budget ist nach dem Steuerungselement zu besprechen.

¹⁾

Walter Bruderer (FORUM): Ich möchte noch einen Hinweis zum GPK-Protokoll vom 7. Dezember 2011 abgeben:

1. Das Protokoll wird normalerweise am Samstag per Post zugestellt. Die Briefe sind auch mit Poststempel vom Freitag, 9. Dezember 2011 versehen. Das letzte Protokoll ist jedoch massiv verspätet eingetroffen. Nach Rücksprache mit dem Ratssekretär bin ich bei der Poststelle 2 (Unterdorf) vorstellig geworden. Frau Burren (Chefin der Poststelle) konnte mir auch nach Rücksprache beim Briefverteilzentrum Mösli keine befriedigende Erklärung abgeben. Sehr wahrscheinlich ist die Verzögerung im Briefverteilzentrum Härkingen eingetreten. Seitens der Verwaltung und den Poststellen in Ostermundigen sind keine Abweichungen bekannt. Ich möchte dem Ratssekretär an dieser Stelle für die Zustellung des Protokolls auf dem elektronischen Weg den besten Dank aussprechen.
2. An der letzten GPK-Sitzung wurden von den Kommissionsmitgliedern insgesamt 70 Fragen zu den finanzrelevanten Geschäften gestellt. In der GPK haben wir kurz über das ganze Vorgehen diskutiert. Es stellt sich primär die Frage, ob die Parlamentsmitglieder diese Fragen und Antworten noch lesen konnten und auch verstanden haben. Wir hatten in der GPK nicht die Möglichkeit, über alle Unklarheiten ausgiebig zu diskutieren. Es wäre zweckmässig, über die Möglichkeit bzw. das Problem der kurzfristigen Fragestellungen an einer der nächsten GPK-Sitzung zu diskutieren. So wie jetzt kann es nicht weiter gehen. Die Fragen und Antworten sollen einen gewissen Nutzen bringen, ansonsten ist es schade für den ganzen Verwaltungsaufwand.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte das Parlament über den Änderungsantrag Nr. 1 - *Das Traktandum Nr. 66 - Finanzplan 2012 bis 2016 ist vor dem Traktandum Nr. 65 - Budget 2012 zu behandeln.* - von Sandra Löhner (CVP) abstimmen lassen:

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 1 wird einstimmig angenommen.

¹⁾ 16.10 Uhr: Beat Weber (SVP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 32 Ratsmitglieder anwesend.

100.3 Protokollgenehmigung

56. Protokoll der 4. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 8. September 2011; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Gibt es Anmerkungen zum vorliegenden Protokoll?

Departementsvorsteher Gemeindebetriebe Synes Ernst (CVP): Ich möchte eine Richtigstellung und Ergänzungen zu Seite 104 anmerken:

Mit seinen Äusserungen erweckt Heinz Gfeller den Eindruck, die Gemeindebetriebe hätten von ihm die Sanierung einer als in Ordnung befundenen Wasserleitung verlangt. Dafür habe er mehr als Fr. 10'000.-- bezahlen müssen.

Das trifft nicht zu. Es ging einzig um den neuen Anschluss der privaten Wasserleitung an die öffentliche Werkleitung im Strassenbereich. Gemäss Wasserreglement wurden dafür Heinz Gfeller als Eigentümer dieser Leitung Fr. 3'752.75 in Rechnung gestellt. Der Betrag ist am 15. Februar 2011 bezahlt worden.

In seinem Votum verschweigt Heinz Gfeller dem GGR, dass es sich bei der betroffenen Leitung um eine gemeinsame Abwasserleitung handelt, für die im erwähnten Fall alle fünf Liegenschaftsbesitzer verantwortlich sind. Diese müssen deshalb gemeinsam für die Behebung von entstandenen Schäden aufkommen. Er verschweigt auch, dass die erste Offerte nach unten korrigiert worden ist, und dass sich die Gemeindebetriebe für das Versehen bei der Offertstellung bei den Betroffenen entschuldigt haben. Die Sanierung kam jeden Hausbesitzer auf Fr. 429.95 zu stehen. Was die einzelnen zusätzlich noch für die privat ausgeführten Baumeisterarbeiten bezahlen mussten, ist den Gemeindebetrieben nicht bekannt.

Bruno Grossniklaus (SP): Seite 120 - Unterzeichnende der Motion:

Hier ist eine kleine Korrektur anzubringen: Colette Nova und Christian Zeyer haben die Motion nicht unterzeichnet. Dafür fehlen unter den Unterzeichnenden Roland Rüfli (FORUM) und Roger Schär (parteilos). Ich bitte um Kenntnisnahme.

Ratspräsident: Zum Protokoll liegen keine weiteren Bemerkungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll Nr. 4 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 8. September 2011 wird genehmigt.

100.3 Protokollgenehmigung

57. Protokoll der 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 27. Oktober 2011; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Gibt es Anmerkungen zum vorliegenden Protokoll?

Colette Nova (SP): Mein Votum auf Seite 128:

...Die grossen Räumlichkeiten des Bernaparks können nicht mit einem gigantischen Rückhaltebecken eliminiert werden...

Textkorrektur: ...Die grossen Räumlichkeiten des Bernaparks werden nicht zu einem gigantischen Rückhaltebecken...

Ratspräsident: Zum Protokoll liegen keine weiteren Bemerkungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Das Protokoll Nr. 5 der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 27. Oktober 2011 wird genehmigt.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

58. Wahl des Büros des Grossen Gemeinderates pro 2012

Präsidium

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Als Präsident des GGR wird auf Vorschlag der FDP-Fraktion einstimmig gewählt:

Michael Werner (FDP)

1. Vizepräsidium

Als 1. Vizepräsident des GGR wird auf Vorschlag der SVP-Fraktion einstimmig gewählt:

Markus Truog (SVP)

2. Vizepräsidium

Als 2. Vizepräsidentin des GGR wird auf Vorschlag der EVP-Fraktion einstimmig gewählt:

Renate Bolliger (EVP)

Zwei Stimmzähler

Als Stimmzähler des GGR werden auf Vorschlag der FORUM-Fraktion und der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion einstimmig wiedergewählt:

Roland Rüfli (FORUM)

Roger Schär (parteilos)

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich gratuliere allen ins Ratsbüro gewählten Parlamentsmitglieder ganz herzlich zu ihrer Wahl. Dem neuen Ratspräsidenten möchte ich ein kleines Präsent in Form von Schokolade-Sandsteinen übergeben.

----- **Applaus** -----

Heinz Gfeller (FDP): Lieber Michael, im Jahre 2012 bist du der "höchste Ostermundiger". Wir wünschen dir beim ausüben dieses Amtes viel Kompetenz, guter Wille und Erfolg sowie viel Zuversicht und Umsetzungskraft bei den notwendigen Änderungen in der Gemeinde Ostermundigen.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Besten Dank für das Vertrauen und die Wahl zum Ratspräsidenten. Ich möchte auch Norbert ein grosses Dankeschön für die kompetenten Sitzungsleitungen aussprechen.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

59. Geschäftsprüfungskommission (GPK): Wahl Präsidium und Vizepräsidium pro 2012

Präsidium

Ratspräsidentin Lucia Müller (SVP): Als Präsident der GPK wird auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion einstimmig gewählt:

Rudolf Kehrli (SP)

Vizepräsidium

Als Vizepräsident der GPK wird auf Vorschlag der CVP-Fraktion einstimmig gewählt.

Eduard Rippstein (CVP)

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die beiden Herren nehmen die Wahl an. Ich gratuliere ihnen ganz herzlich zur Wahl.

Walter Bruderer (FORUM): Ich durfte in diesem Jahr die Geschäftsprüfungskommission präsidieren. Es ist ein interessantes und kurzweiliges Jahr gewesen. Wir durften viele Geschäfte behandeln und wir sind uns fast immer einig geworden. Ich möchte allen Mitgliedern der GPK für die tadellose Zusammenarbeit meinen herzlichen Dank aussprechen. Ein spezieller Dank gebührt unserem Ratssekretär, welcher mich stets bestens unterstützt hat - ihm gebührt ein grosses Kompliment.

Ich möchte dem neuen Präsidium herzlich zur Wahl gratulieren und viel Erfolg bei der Ausübung der anstehenden Arbeiten wünschen.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

60. Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl R. Mahler

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Auf Vorschlag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Rudolf Mahler (SP) wird Liliane Schärer (SP), Blankweg 42, 3072 Ostermündigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

61. Geschäftsprüfungskommission (GPK): Ersatzwahl H. Gfeller

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Auf Vorschlag der FDP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Heinz Gfeller (FDP) wird Raphael Rutschi (FDP), Rütliweg 84, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gewählt.

10.6.12 Planungskommission

62. Planungskommission; Ersatzwahl

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Auf Vorschlag der FORUM-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat (GGR) einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Michael Meienhofer (FORUM) wird Max Hubmann (FORUM), Waldweg 1, 3072 Ostermundigen, für den Rest der laufenden Amtsperiode, d. h. vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 als Mitglied der Planungskommission gewählt.

20.2.00 Allgemeines

63. Prognose der Gemeindeentwicklung: Grundlage für den Finanzplan; Kenntnisnahme

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Sandra Löhner (CVP): Wir von der CVP-Fraktion haben uns ein paar Fragen gestellt:

- Entwicklung in der Küntigrube: Gibt es neuere resp. konkretere Informationen zum Stand des Geschäftes?
- Arbeitszone Mösl: Wie sieht die Handänderung mit der Crédit Suisse aus und was ist weiter geplant?
- Wir haben uns Überlegungen zur Gerbestrasse gemacht. Dieses sehr gut erschlossene Gebiet sollte mit einem Entwicklungsschwerpunkt versehen werden.

Silvia Fels (EVP): Die EVP-Fraktion nimmt Kenntnis von der Botschaft „Prognosen der Gemeindeentwicklung“. Wir anerkennen, dass in Ostermundigen verdichtet gebaut wird. Wir begrüßen aber auch, dass ein massvolles und nachhaltiges Wachstum angestrebt wird, nicht dass jeder grüne Fleck überbaut werden muss. Für eine gute, soziale Durchmischung sind neue Wohnungen sehr wichtig. Die Erfahrung zeigt, dass viele dieser neuen Wohnungen mit Bewohnerinnen und Bewohnern aus Ostermundigen besetzt werden. Wir finden das lobenswert, dass gute Wohnungen, ja ganze Quartiere entstehen, damit die langjährigen Einwohnerinnen und Einwohner in Ostermundigen wohnen bleiben können, wenn sie das möchten. Andererseits ziehen wir so nicht nur finanzkräftige neue Leute nach Ostermundigen. Daher wirkt die Strategie zur Verbesserung der Finanzlage nicht so nachhaltig, wie vielleicht erhofft wurde. Wir werden also weiterhin Orte finden müssen, wo gespart werden kann und auch Wege gehen, die nicht ganz so bequem sind.

Walter Bruderer (FORUM): Ich muss verschiedene Sachen, welche ich bereits einmal erwähnt habe, nochmals wiederholen. Vielleicht nützt es etwas, wenn gewisse Dinge drei oder vier Mal wiederholt werden.

Die Stimmberechtigten sollten verbindlich gefragt werden, ob sie wollen, dass weiteres noch nicht überbautes Gemeindegebiet (= Grünland) geopfert wird. Wir wollen wissen, ob die Förderung von Bevölkerungszuwachs die finanzielle Lage unserer Gemeinde *garantiert* verbessert.

Wir wünschen nicht nur statistische Angaben über die Anzahl der Steuerzahlenden, die mehr als eine bestimmte Untergrenze an Steuern abliefern, sondern eine vollständige Tabelle, die sämtliche Steuerkategorien (z. B. in 5'000er-Sprüngen) aufweist inkl. alle Vergleichszahlen der letzten fünf Jahre.

Die Teuerung ist zwangsläufig auch auf der Aufwandseite aktiv. Wer annimmt, Lohnerhöhungen würden nicht zu anschliessenden Preiserhöhungen führen, täuscht sich. Höhere Krankenkassenprämien und Verkaufspreise sind meistens vorprogrammiert.

Künftig erwarten wir auch Informationen darüber, wie viel jede Einwohnerkategorie durchschnittlich an Aufwänden verursacht, die aus Steuern oder Gebühren zu bezahlen sind.

In den aktuellen Legislaturzielen ist die Rede von einem Naturpark Rüti. Was ist wo konkret geplant?

- 2.9 Arbeitszone Mösli

Rückblickend ist zu erwähnen, dass früher im Gebiet Mösli vier Hochhäuser sowie eine grosse Menge an erzwungenen Reserveparkplätzen für die BEA geplant waren. Heute stehen dort aber nur ca. 2-stöckige, sehr breite und lange Gebäude. Es ist nur schwer nachvollziehbar, warum andernorts in Ostermundigen verdichtetes Bauen propagiert wird. Hochhäuser wären am ehesten dort sinnvoll, wo sie mit Sicherheit keine Nachbarn stören.

- 2.10 ESP Bahnhof

Davon ist seit sehr langem die Rede. Man sollte genauere Informationen über die Ziele der Areal-Besitzer (SBB) erhalten.

- 3.1 Rütibühl und 3.2 Unterdorf

Bevor diese und weitere Gebiete eingezont werden, möchten wir aufgrund der Gemeindefinanzrechnungen erfahren, welche Aufwandfolgen solche Neuüberbauungen für alle Abteilungen der Gemeinde haben können.

Christian Zeyer (SP): Viele Zahlen werden von der Verwaltung einverlangt. Doch viele Zahlen können die Situation der Gemeinde nicht nachhaltig verbessern. Sie führen höchstens zu einem grösseren Verwaltungsaufwand zulasten des Gemeindepersonals.

Im Votum von Silvia Fels (EVP) war von Neuwohnungen in Ostermundigen die Rede. Die Aussage ist richtig und es entstehen auch neue Wohnungen. Gleichzeitig sollte der Bestand schrittweise verbessert werden. In bereits überbauten Gebieten sind qualitativ gute Wohnungen anzubieten. Der Gemeinderat sollte diese Sache vorantreiben.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis. Unser Fazit: Als Basis für die zukünftige Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen ist dieser Bericht eher untauglich. Die Finanzstrategie ist einseitig und primär auf die räumliche Entwicklung ausgerichtet.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Meine Anmerkungen zum:

- ① Votum Ernst Hirsiger (SVP)

Es ist so, der Bericht will in erster Linie eine Abschätzung der Entwicklung der Einwohnerzahlen darstellen. Diese Zahlen dienen dem Finanzplan. Die Entwicklung der Steuerzahlenden führt zu einer Prognose. Verschiedentlich wurde aus dem Parlament gewünscht, noch vermehrte Informationen der Gemeindeentwicklung zu erhalten. Doch eine "Legislaturzieldiskus-

sion" soll vermieden werden. Heute geht es primär darum, die Grundlagen für den Finanzplan zu erläutern. Der Bericht hat über die Jahre hinweg eine gewisse Aussagekraft erreicht. Die Entwicklung der Einwohnerzahl wurde abgebildet und die Erwartungen zur Gemeindeentwicklung stimmen mit diesen Zahlen überein. Der Bericht hat somit einen wichtigen Zweck erfüllt.

① Votum Sandra Löhner (CVP)

- Küntigrube: Ich bin in Kontakt mit den Grundeigentümern. Wir verhandeln darüber, wann ein Baugesuch eingereicht werden kann. Wir können keine konkreten Prognosen machen.
- Arbeitszone Mösli: Die CS hat das Gebiet aufgekauft. Die Gemeinde resp. der Gemeinderat hatte keinen Einfluss auf den Landverkauf. Ob die CS die Hochhäuser tatsächlich bauen will, entzieht sich heute meiner Kenntnis. Wir bleiben mit der Eigentümerschaft in Kontakt
- Gerbestrasse: Sie liegt gemäss Gemeindebaureglement in der „gemischten Zone“ und da können 100 Prozent Gewerbe oder 100 Prozent Wohnen realisiert werden. Der Entscheid obliegt der Grundeigentümerschaft. Alte Liegenschaften rentieren für die Eigentümerschaft vielfach sehr gut, und sie haben deshalb kein Interesse daran, etwas an den Liegenschaften zu verändern. Der Gemeinderat ist sich des grossen Baubestandes aus den 60er Jahren bewusst. Es braucht Neubaugebiete und es braucht ebenfalls eine Erneuerung der bestehenden Quartiere.

① Votum Walter Bruderer (FORUM)

Der Souverän soll grundsätzlich entscheiden, ob weiteres Land eingezont werden soll oder nicht. Der Gemeinderat ist momentan daran, im Gebiet Rütibühl eine weitere Einzonung von Bauland vorzubereiten. Die Übereinstimmung mit den Grundeigentümerschaften muss erwirkt werden. Demnächst wird das Mitwirkungsverfahren durchgeführt. Der planungsrechtliche Weg wird eingehalten.

In der Tabelle zur GGR-Botschaft wird ersichtlich, dass die erwarteten Steuerzahlen mit einer rund zweijährigen Verspätung eintreffen. Von der kantonalen Steuerverwaltung sind vorher keine Zahlen in Erfahrung zu bringen.

Die anstehenden Sanierungsarbeiten im Strassen- und Werkleitungsbau müssen ausgeführt werden. Zusätzliche Einwohnerinnen und Einwohner nehmen keinen Einfluss auf die zu erwartenden Sanierungskosten.

- Ausweisung der Aufwände pro Steuerkategorie - hier kann viel analysiert und untersucht werden. Der Aufwand und der Ertrag der Arbeiten ist in einem vernünftigen Rahmen zu halten.
- Hochhäuser im Mösli: Der Bau ist für die Baumag grundsätzlich möglich. Der Investor muss diese Bauform wollen.
- Naturpark Rüti: An diesem Ort ist die Tramwendschleife vorgesehen. Das angrenzende Gebiet wird zusammen mit der Bevölkerung gestaltet. Es ist dem Gemeinderat ein Anlie-

gen, eine gute Gestaltung und eine gute öffentliche Verbindung ins Oberfeld resp. in die Rüti zu schaffen.

Eduard Rippstein (CVP): Eine Anmerkung zur Gerbestrasse: Die Aussagen des Gemeindepräsidenten sind richtig. Viele Häuser haben eine miserable Bausubstanz. Von Energieeffizienz dürfen wir da nicht sprechen. Es hat kein Hauseigentümer Interesse, seine Liegenschaft abzureissen, ausser es wird eine Überbauungsordnung mit massiv höheren Nutzungsziffern errichtet und dies würde der Gemeindeentwicklung entsprechen. Plötzlich haben alle Interesse daran, ihre Liegenschaft abzubrechen und etwas grosses, modernes mit hohen Renditen zu bauen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die prognostizierte Gemeindeentwicklung wird zur Kenntnis genommen.

30.4.10 Verwaltungszentrum

64. Verwaltungszentrum an der Poststrasse 6 in Ostermundigen: Orientierung über das geplante Vorgehen; Kenntnisnahme

2)

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte für die Organisation der Besichtigung der Liegenschaft Poststrasse 6 meinen besten Dank aussprechen. Die Parlamentsmitglieder konnten das Gebäude bereits vorgängig besichtigen.

Jacques Biner (SP): Die Fraktion SP-Grüne hat dieses Projekt mit sehr viel Interesse analysiert. Seit Jahrzehnten ist die Gemeinde Ostermundigen in einem Provisorium untergebracht und in zu viel verschiedene Gebäude verteilt. Wir erhalten endlich die Chance, die Kosten zu optimieren, Synergien zu nutzen und nachhaltig zu sparen. Die Budgetdebatte fängt mit diesem Projekt an.

Zudem, in einer Verwaltung, wo die Abteilungen örtlich weit voneinander verstreut sind, entwickeln sich verschiedene Kulturen, Eigendynamik und Schutzmechanismus, ohne irgendwie werten zu wollen. Das ist eine Tatsache, die immer wieder beobachtet wird.

Grundsätzlich erachten wir dieses Projekt als sehr sinnvoll, denn dieses Projekt ermöglicht, die Organisation der Verwaltung zu prüfen und zu optimieren, ohne die Dienstleistungen zu kürzen. Jedoch die folgenden Kritikpunkte müssen erwähnt werden:

- Finanziell zu teuer: Das Projekt ist zu grosszügig. So käme das Projekt in einer Volksabstimmung nicht durch; die "Zeichen der Zeit" (angesichts der Gemeindefinanzen) sind nicht erkannt.
- 40 % mehr Fläche als bisher; über 40 m² Fläche pro Mitarbeiter sind zuviel (4600 m² / 110 MA oder 120 MA, ohne Lagerräume).
- 600 m² Reservefläche braucht es nicht. Ein späterer Platzbedarf ist nicht plausibel.
- Beispiel aus meinem Betrieb: 1'900 m² für 75 Arbeitsplätze = 25 m² pro Mitarbeiter, inkl. Nasszellen, Sitzungsräume, Lagerräume, Archiv, Cafeteria und Gänge. Die Arbeitsfläche ist in 1er, 2er, 3er, 4er, 5er, 7er und Grossraumbüro mit 19 Arbeitsplätzen aufgeteilt. Niemand hat das Gefühl, eng zusammen sitzen zu müssen.
- Die Gemeinde hat nicht das Risiko der Nichtvermietung der Reservefläche tragen zu müssen.
- 47 Parkplätze sind zu viel, die Anzahl muss nochmals geprüft werden.
- Es muss mehr als Fr. 200'000.-- Kosteneinsparungen durch Effizienzsteigerung/Synergien geben: (einige Beispiele)
 1. IT: weniger Drucker, weniger Mietleitung, weniger Interventionszeit;

2) 16.50 Uhr: Nadine Wegmüller (SVP) tritt der Sitzung bei. Neu sind 33 Ratsmitglieder anwesend.

2. Weniger Lager von Material, Büromaterial;
 3. Nur ein Empfang;
 4. Stellvertretungen für kleine Abteilungen können in Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen gewährleistet werden;
 5. Gemeinsame Cafeteria, Sitzungszimmer, Sanitäranlagen;
 6. Kürzere Kommunikationswege.
- Vorgesehener Innenausbau ist zu teuer, in der heutigen Finanzlage. Der Zustand der Räumlichkeiten ist in Ordnung. Die Räume können teilweise mit der Möblierung abgetrennt werden.

Fragen

- Sind die Kosten Telefon/IT eingerechnet? Ist eine neue Telefonanlage notwendig? (Finanzplan)
- Werden die Parkplätze bewirtschaftet?
- Wofür braucht man 800 m² Lager? Die Gänge an der Poststrasse 6 sind mit vielen Einbauschränken bestückt.
- Kann das Büromobiliar der Swisscom übernommen werden? Hier liegt grosses Sparpotential vor.

Fazit

Ostermundigen braucht unbedingt dieses Verwaltungszentrum. Aber wenn dieses Projekt eine wirkliche Chance erhalten sollte, müssen die folgenden Anpassungen berücksichtigt werden:

- a. Der 4. Stock darf nicht gemietet werden;
- b. Generell weniger Fläche: Die „Reserve“ muss im 2. und 3. Stock eingeplant werden. Vielleicht reicht sogar der 2. Stock;
- c. Der Gemeinderat muss dem GGR den Raumplan und den Mietvertrag vorlegen;
- d. Reduktion der Parkplätze sowie ein Parkplatzmanagement sind nötig;
- e. Kosten für den Mieterausbau müssen um ca. 1 Mio. Franken reduziert werden;
- f. Die Einsparungen durch Nutzung von Synergien müssen offen gelegt werden und müssen höher als Fr. 200'000.-- sein.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Bevor die Diskussion weitergeführt wird, möchte ich noch über den Zweck des Traktandums informieren. Das Geschäft ist ein "Spezialfall":

Rechtlich ist der Gemeinderat für die Orientierung des Geschäftes zuständig. Das Parlament nimmt das Geschäft - wie im Beschlusstext erwähnt - zur Kenntnis. Wir können Fragen auf-

listen, welche zuhanden der zweiten Lesung resp. des definitiven Beschlusses im Februar oder März 2012 beantwortet werden müssen.

In der heutigen Debatte sind klare Voten gefordert. Welche Punkte sind für die Fraktionen entscheidend? Der Gemeinderat muss die Meinungen der Fraktionen kennen. Wenn wir uns dahingehend äussern, dass ein Zumieten des 4. Stockwerkes nicht in Frage kommt, hat der Gemeinderat ein Miet-Kostenvoranschlag ohne 4. Etage vorzustellen. Wenn der Gemeinderat das 4. Stockwerk zumieten will, riskiert er die Ablehnung des Geschäftes.

Es ist besonders wichtig, dass die Äusserungen und die entscheidenden Punkte klar dargelegt und allfällige Verbesserungen offen kommuniziert werden. Nur so kann der Gemeinderat die Meinung resp. Haltung des Parlamentes in Erfahrung bringen.

Eduard Rippstein (CVP): Auch die CVP-Fraktion steht dem Geschäft grundsätzlich positiv gegenüber. Mit einer einzigen Gemeindeliegenschaft kann ein Vielfaches an Synergien genutzt werden. Dieser Sachverhalt wurde bereits vom Vorredner erwähnt.

Die Sicherheit eines Gebäudes beginnt ab Eingang resp. an der Loge. Die Eingangsloge ist zuständig für die Sicherheit im ganzen Gebäude. Sinnvoll ist es, wenn die Gemeinde das Parterre und den 1. Stock mit möglichst wenigen Reserven mietet. Wenn mehr Raum notwendig wird, dann kann dieser mit verdichteten Arbeitsplätzen erwirkt werden.

Neues Mobiliar darf bei der finanziellen Lage der Gemeinde nicht eingekauft werden. Das heisst, das Mobiliar muss mitgenommen werden. Allfälliges zusätzliches Mobiliar kann von der Swisscom zu einem günstigen Preis erworben werden.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Für die einen war es gut, dass die Räumlichkeiten vergangenen Montag besichtigt werden konnten, für die anderen vielleicht eher nicht. Es hinterlässt schon einen schalen Geschmack, wenn anlässlich der Begehung erwähnt wird, dass einer der Personenlifte nicht funktioniert und die Eigentümerin es sich überlegt, diesen nicht reparieren zu lassen, da das Gebäude ja nicht voll besetzt sei. Da frage ich mich schon ab der Seriosität der Eigentümerschaft/Vermieterschaft. Ich bitte den Gemeinderat um die entsprechenden vorgängigen Abklärungen zu dieser Offshore³-Firma in England.

Diese Botschaft kommt sicher zu einem ungünstigen Zeitpunkt, es wäre aber sicher ideal, wenn die Verwaltung an einem Ort wäre.

Der m²-Preis von Fr. 210.-- ist realistisch, ist aber auch kein Schnäppchen. Wenn die 4'000 m² durch 120 Mitarbeitende dividiert werden, ergibt dies pro Person eine Fläche von ca. 33 m², wenn davon 20 % abgezogen werden, sind dies immer noch ca. 25 m². Die Räumlichkeiten im 2. und 3. Stockwerk müssen inkl. Raumreserve vollauf genügen. Das 4. Stockwerk von 600 m² muss fallengelassen werden. Es ist nicht eine Kernaufgabe der Gemeinde Ostermundigen, Untermieter zu suchen und Restaurationsbetriebe zu führen. Da dürfen keine Risiken einge-

³ Wikipedia: Zumeist bezeichnet der Begriff **Offshore-Finanzplatz** (wörtlich *küstenferner Finanzplatz*, *Finanzplatz jenseits der Küste*) Standorte, die sich durch niedrige [Steuern](#), ein hohes Maß an [Vertraulichkeit](#) und eine minimale [Finanzmarktaufsicht](#) und [-regulierung](#) auszeichnen (siehe auch [Steueroase](#)). Ansässige Banken und andere Finanzinstitutionen wickeln einen Großteil ihrer Geschäfte mit dem Ausland ab und die Transaktionen und Anlagesummen sind im Vergleich zu den sonstigen Wirtschaftsabläufen extrem groß.

gangen werden. Auch wenn Ostermundigen mehr Einwohner erhalten sollte, heisst das nicht, dass auch die Verwaltung wachsen muss.

Der heutige Ausbaustandart ist absolut in Ordnung. Es gibt grundsätzlich erste Fragen zur Abklärung:

- Wir sprechen von einer "Rohbaumiete". Gibt es noch einen Rückbau oder nicht? Wer bezahlt das Entfernen der Teppiche? Diese müssen nun wirklich ersetzt werden.
- Nicht unwesentlich ist auch die Situation der elektrischen Installationen. Es hat für die ganze Liegenschaft nur einen Stromzähler. Da kommen nicht unwesentliche Kosten auf die Eigentümerschaft zu.
- Auch die Regelung der Heizkosten ist noch unklar.

Wir haben zudem folgende Anliegen resp. „Forderungen“ zur weiteren Abklärung:

- Einzelbüros sind auf das absolut Notwendigste zu beschränken und dies ist zu begründen. Dies gilt auch für den Sozialdienst, es können mehrere kleine Besprechungszimmer eingerichtet werden.
- Es sollte eine gemeinsame Loge im EG eingerichtet werden, an deren Kosten sich alle Mieter zu beteiligen haben.
- Die m²-Fläche pro Mitarbeiter ist auf die Grösse der kantonalen Richtlinien auszurichten.
- Beim Mobiliar sind nur die notwendigsten Anschaffungen zu tätigen, diesbezüglich sind Verhandlungen mit der Swisscom aufzunehmen.
- Die Kosten für den Ausbau etc. müssen massiv gesenkt werden, auch wenn es sich zum heutigen Zeitpunkt um Kostenschätzungen handelt.
- Bei den heute bestehenden Grundrissen/Büros sind nur die notwendigsten baulichen Anpassungen zu tätigen.
- Die gemeindeeigenen Liegenschaften sind nach dem Umzug raschmöglich zu verkaufen. Die Variantenstudien über die Liegenschaften (liegen hier im Saal auf) sind zwar sympathisch, verursachen aber auch wieder Kosten.

Ich frage mich von Seiten der Privatwirtschaft schon, weshalb eine so immense Projektorganisation notwendig sein soll (inkl. Kosten). Wir müssen uns immer vor Augen halten, dass es sich hier um Steuergelder handeln wird. Luxusvarianten liegen nicht drin.

Walter Bruderer (FORUM): Danke für die Möglichkeit, sich zum Vorprojekt äussern zu dürfen. Den Fragenkatalog unserer Fraktion habe ich dem Gemeindepräsidenten und Herrn Hebeisen bereits vorgängig abgegeben.

Vorausschicken möchten wir einmal mehr, dass wir nicht glauben, dass es zwingend ist, die Verwaltung an einem einzigen Ort zu zentralisieren (Bund und Kanton kennen keine zentrale Verwaltung). Gute Zusammenarbeit und optimales Wirken in einer Organisation hängen primär von allen Chefs und vom Personal ab. Hätten wir fünf hauptamtliche Gemeinderäte, wären vielleicht alle froh, wenn sie standortbezogen klar abgetrennte Einflussbereiche hätten. Heute verfügt jedoch nicht das ganze Personal über genügend Arbeitsraum und Arbeitskomfort.

Aus der Sicht der Kosten stellt sich die Frage, müssen sämtliche Abteilungen an einen zentralen Ort zusammengelegt werden? Aus Kostengründen könnten auch nur zwei Abteilungen resp. Verwaltungsgebäude (z. B. Personal des Alpenrösli und Bernstrasse 65 d) an die Poststrasse 6 zusammengeführt werden. Es dürfen nicht um jeden Preis alle an denselben Ort zusammengeführt werden.

Notwendig sind: Die Möglichkeit, konzentriert zu Arbeiten, eine gute Arbeitsatmosphäre, kurze interne Arbeitswege, Abwechslung, konstruktive Kritik sowie hohe Sicherheit. Die heutige Situation der dezentralen Verwaltung wird vom Verwaltungspersonal als nicht dermassen schlimm beurteilt.

Es ist nötig, möglichst hohe Arbeitsfreude bei sinnvollen Aufwänden zu erreichen. Dies durch:

- g. eine Mässigung der normalerweise eher zu hohen Ansprüche;
- h. Sorgfalt zu Mobiliar und Infrastruktur;
- i. Einsatz von problemlos verschiebbaren Wänden sowie von LEGO-artigen Bauteilen;
- j. weitsichtige Raumplanung für Empfang, Büro, Archiv, Infrastruktur, auch Gespräche mit nur wenigen Personen;
- k. Möglichkeiten für das Erholen und das Abschalten (d. h. das Verlassen des Arbeitsplatzes);
- l. optimale Abläufe ohne Redundanz;
- m. und die Möglichkeit, messbare Arbeit zu Hause zu erledigen.

Die Parkplätze für das Personal sind voll zu bezahlen. Wir wollen, dass das Personal in Ostermundigen wohnt.

Die einmaligen Kosten für den Bezug des neuen Verwaltungsstandorts von 4,2 Mio. Franken sind zu hoch. Die wiederkehrenden Aufwände für den Betrieb (inkl. Verzinsung und Abschreibungen) im neuen Gebäude sollen nicht höher sein als heute. Vermutlich könnte das Werkhofpersonal gegen Entschädigung für tiefere Umzugskosten gewonnen werden.

Für die zweite Lesung verlangen wir eine vollständige Betriebsrechnung mit einem Vergleich mit dem Ist-Zustand!

Beat Weber (SVP): Die SVP-Fraktion kann den zukünftigen Standort "Poststrasse 6" akzeptieren. Aber das Geschäft wickelt sich zu schnell ab. Vom Besichtigungstermin vom letzten Montag bis heute Donnerstag kann sich die SVP-Fraktion keine entscheidende Meinung bilden. Zu viele Fragen sind noch offen und nicht geklärt. Wir sind der Ansicht, dass eine dritte Lesung den sportlichen Geschäftsterminplan beruhigen würde. Des weitern haben wir noch die folgenden Fragen:

- Warum ist der Schalter nicht im Erdgeschoss vorgesehen?
- Kann am zu hohen Mietzins von Fr. 210.--/m² Bürofläche nicht mehr verhandelt werden?
- Wir glauben nicht, dass 60 % des Büromobiliars nicht mehr gebraucht werden kann; da gibt es noch Einsparmöglichkeiten.

Wir wollen ein schlankes Verwaltungszentrum und keine Luxuslösung. Mit der Eigentümerschaft sind die Verhandlungen nochmals aufzunehmen.

Renate Bolliger (EVP): Besten Dank für die Besichtigung vor Ort vom letzten Montag. Wir von der EVP-Fraktion haben an der Besichtigung der Liegenschaft Poststrasse 6 mit grossem Interesse teilgenommen.

Die EVP-Fraktion kann sich das neue Verwaltungszentrum an der Poststrasse 6 vorstellen. Das Gebäude ist in einem guten Zustand, die Büroräume freundlich und hell, wir können uns gut vorstellen, dass die Verwaltung hier wohl sein wird. Grundsätzlich befürworten wir, dass die Abteilungen zusammenrücken und somit Synergien genutzt werden können. Auch ist der persönliche Kontakt zwischen den Abteilungen eher gegeben, wenn alle im gleichen Gebäude arbeiten. Nach den früheren Vorschlägen für ein neues Verwaltungszentrum kommt diese Lösung für die EVP-Fraktion jetzt in Frage.

Das Gebäude an der Poststrasse hat doch einige *Vorteile*:

- Zentral gelegen, gut mit ÖV erreichbar.
- Die alten Gebäude Schiessplatzweg 1 und Bernstrasse 65d können aus dem Verkehr gezogen werden. Das wird langsam aber sicher Zeit!
- Mit vertretbarem Aufwand verbunden, kein langwieriger Bau für ein neues Verwaltungszentrum.
- Die Folgekosten halten sich im gleichen Rahmen wie bisher.
- Aufgaben- und Leistungsprüfung kann gleichzeitig und für das Personal logischerweise jetzt gemacht werden.

Nachteil: Die nötigen Investitionskosten von über 4 Mio. Franken. Diese müssen unbedingt sorgfältig überlegt werden. Uns scheinen diese zu hoch. Wir haben den Eindruck, es könnte mit nicht allzu grossem Aufwand in dieses Gebäude gezügelt werden.

Die Fragen der EVP-Fraktion zum Verwaltungszentrum Poststrasse 6:

- Wie gut ist das Gebäude energietechnisch: Heizung, Isolation etc.?
- Wie gestalten sich die Kosteneinsparungen nach dem Umzug?

Personal: Empfang, IT, Kurier etc.

- Personalpolitik: Wie werden Kürzungen im Personalbereich angegangen?
- Verkauf oder Vermietung der alten Liegenschaften zügig an die Hand nehmen! Oder können evtl. die alten Liegenschaften anders genutzt werden? Das Liegenschaftskonzept sollte gleichzeitig an die Hand genommen werden!
- Reserve der Büroräume: muss diese so gross sein?
- Wie wird die Fläche pro Arbeitsplatz üblicherweise berechnet? Wie werden Teilzeitstellen gehandhabt?
- Investitionskredit: wo können noch Kosten gespart werden? Einrichtungen?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die positive Grundstimmung für die Zusammenführung der Gemeindeverwaltung an die Poststrasse 6. Sämtliche Fragen werden für die Botschaft im Februar 2012 entgegen genommen. Es geht heute nicht darum, jede Frage bereits im Detail zu beantworten, sondern gewisse Hinweise abzugeben. Auf die folgenden Punkte möchte ich schon jetzt hinweisen:

- Die Anzahl Arbeitsplätze welche auch belegt sind und an die Poststrasse 6 gezügelt werden sollen = 104 öffentlich/rechtlich angestellte Mitarbeitende (nicht Stellenprozente), 7 Lernende, 6 Praktikanten, 1 temporäre Person bei der Steuerverwaltung. Total sind das 118 Arbeitsplätze. Fünf Mitarbeitende arbeiten weniger als 50 Prozent. Die 50 %-Arbeitsplätze müssen aufgeteilt werden, wenn es abteilungsübergreifend möglich ist.
- Die zwei IV-Mitarbeitende sollen ebenfalls gezügelt werden.

Total: Rund 125 Arbeitsplätze plus Reserve = 140 Arbeitsplätze --> Tendenz steigend (vor allem bei der Abteilung Soziales). Bei der Abteilung Soziales sind 2/3 Sozialarbeitende und 1/3 administratives Personal angestellt. Der Gemeinderat will an der Poststrasse 6 140 bis 150 Arbeitsplätze einrichten.

- Im Moment sind Gespräche zwischen dem externen Berater sowie den Abteilungsleitenden am Laufen. Alle Abteilungen werden im Detail erfasst.
- Für die Verwaltung soll das 2. und 3. Stockwerk gemietet werden. Als langfristige Reserve kann das 4. Stockwerk untervermietet werden.

Bei einer Fläche von 4'000 m² und diese auf rund 150 Arbeitsplätze aufgeteilt, ergibt sich eine Fläche von unter 30 m² pro Arbeitsplatz. Die Erfahrungszahlen des Kantons (Amt für Grundstücke und Gebäude) liegen vor und werden von Jürg Hebeisen erläutert.

- Die Fragen zu Effizienzsteigerung und Innenausbau werden entgegen genommen. Die Antworten werden abgegeben.
- Zum Votum von Walter Bruderer (FORUM): ist es sinnvoll die ganze Verwaltung zusammenzuführen? Die Liegenschaften Bernstrasse 65 d und Alpenrösli (Schiessplatzweg 1) müssten zuerst zusammen geführt werden. Die Liegenschaft Gerberhaus (Bernstrasse 63) platzt ebenfalls an allen Nähten. An der Unteren Zollgasse 4 mussten bereits Büroräumlichkeiten zugemietet werden. Ziel des Gemeinderates ist die Zusammenführung der gesamten Verwaltung an einen einzigen Standort.
- Defekter Lift soll nicht repariert werden: Es ist beim Abschluss des Mietvertrages ein Anliegen, dass die Funktionstüchtigkeit des Lifes sichergestellt ist.
- Die Sicherheitsfrage muss geklärt werden. Zusammen mit den Abteilungen wird eine allseits befriedigende Lösung angestrebt. Der Gemeinderat hat auf die Miete der oberen Etagen tendiert. Mit den zwei Geschossen soll eine saubere Einheit erreicht werden. Das vierte Geschoss wurde stets als langfristige Reserve in Erwägung gezogen. Das im Erdgeschoss ist bereits zur Hälfte mit Sitzungszimmern und Cafeteria belegt. Das Platzangebot Erdgeschoss und 1. Stockwerk reichen für die Gemeinde Ostermundigen nicht aus. Ausserdem weist das Erdgeschoss höhere Räume als die anderen Geschosse auf.
- Zeitdruck: Der vorgesehene Terminplan ist für alle Beteiligten sportlich angesetzt. Die zweite Lesung ist im Februar 2012 vorgesehen. Eine dritte Lesung kann immer noch einverlangt werden. Der Gemeinderat will die Vorlage am 17. Juni 2012 dem Volk zum Entscheid vorlegen. Der Mietvertrag wurde unter Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Organe bereits gegenseitig unterzeichnet.

Jürg Hebeisen kann die technischen Fragen beantworten. Dafür gebe ich ihm das Wort.

Abteilungsleiter Hochbau Jürg Hebeisen: Ich möchte zu folgenden Fragen Stellung nehmen:

- Der Mietvertrag ist bereits unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die finanzkompetenten Organe unterzeichnet worden. Der Termin für die Volksabstimmung ist am 17. Juni 2012. Wenn der Souverän das Projekt ablehnt, wird der Mietvertrag hinfällig.
- Die Betriebskosten können auch in der zweiten Lesung nicht geklärt werden. Die Botschaft für diese zweite Lesung muss bis am 5. Januar 2012 zuhänden des Gemeinderats verfasst sein. Die ganze Projektorganisation wurde noch nicht in Angriff genommen. Die Begleitung durch Parlamentsmitglieder ist vorgesehen (siehe Botschaft Seite 4).
- Das Erdgeschoss ist deutlich kleiner als die anderen Stockwerke. Das 1. Stockwerk soll durch den Kanton gemietet werden, d. h. die unteren Geschosse sind bereits vergeben.
- Mobiliarkonzept: Die Swisscom kennt das Projekt "Espace", d. h. sämtliches altes Mobiliar wird liquidiert. Das Mobiliar für rund 70 Arbeitsplätze soll günstig erworben werden. Seitens Swisscom sind jedoch noch keine Zusicherungen für diese Möglichkeit gesprochen worden.
- Das 4. Stockwerk wurde der Gemeinde Ostermundigen als sogenannte Auflage für die Miete des zweiten und dritten Stockwerkes auferlegt. Die Verhandlungen werden mit einem steten Geben und Nehmen durchgeführt. Stand heute: Das vierte Stockwerk kann von der Gemeinde Ostermundigen untervermietet werden.
- Die m²-Zahlen werden im Mietvertrag absichtlich nicht dargestellt. Quadratmeter ist nicht gleich Quadratmeter: Die eine Hälfte spricht von der Hauptnutzfläche und die andere Hälfte von der Mietfläche. Auch die Geschossfläche wurde bereits eingebracht. Das ergibt Differenzen von bis zu 50 Prozent. In der nächsten Botschaft sollen die m²-Angaben entsprechend den kantonalen Richtlinien ausgewiesen werden.
- Die Besprechung mit den Abteilungsleitenden hat ergeben, dass eine Verwaltung die unterschiedlichsten Tätigkeiten ausführt. Die ganze Palette von Arbeitsplätzen muss berücksichtigt werden. Ein Deskshare⁴-Arbeitsplatz wie die Swisscom für 2'000 Arbeitsplätze neu in Worblaufen vorsehen will, ist auf einer Gemeindeverwaltung mit den unterschiedlichsten Anforderungen zum Beispiel an Sicherheit oder Kundenkontakt mit Klientel etc. praktisch nicht möglich. Das Potenzial der Swisscom mit 300 Arbeitsplätzen auf 2'000 m² ist bei uns unmöglich.
- Ein Lagerpotenzial 800 m²: Wir müssen zum Teil Akten auf ewig aufbewahren. Das kantonale Archivgesetz muss eingehalten werden. Das sind über 60 Laufmeter an Akten; Tendenz steigend.
Die Gemeindepolizei sammelt immer mehr Velos ein. Diese werden momentan im Keller am Schiessplatzweg 1 deponiert. Der Raum muss einbruchssicher sein.
Die Vorgaben des Bundes betreffend Arbeitsplätze und Arbeitssicherheit werden heute nicht erfüllt. Das Alpenrösli und die Liegenschaft Bernstrasse 65 d weisen heute grobe bauliche und arbeitstechnische Mängel aus.

⁴ Wikipedia: **Desksharing**, auch „Shared Desk“ oder „Flexible Office“ genannt, ist eine [Organisationsform](#), bei der innerhalb einer Organisationseinheit (Unternehmen, Hauptabteilung, Abteilung) weniger Arbeitsplätze als [Mitarbeiter](#) existieren. Die Mitarbeiter können „ihren“ Arbeitsplatz täglich frei wählen.

Wir haben die Fragen bereits notiert. Wir werden das Einflussbare noch zu beeinflussen versuchen. Was nicht geändert werden kann, wird letztendlich durch das Parlament entschieden. Ich habe gewisse Bedenken, dass das 4. Stockwerk aus dem Mietvertrag eliminiert werden kann.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die Botschaft kennt viele Zahlenfehler. Ein entsprechender Hinweis wurde bereits von Seiten Geschäftsprüfungskommission vorgenommen. Wenn ich mehr Ausgaben als Einnahmen verbuchen kann, so erhalte ich keinen "Cashflow" sondern einen "negativen Cashflow" oder einen "Cashlost". Die Angaben in der Botschaft scheinen nicht gerade vertrauenserweckend zu sein!

Zwischen den Aussagen von Christian Zahler und Michael Werner und Co. gibt es keine grundsätzlichen Widersprüche. Der Gemeindepräsident hat die 4'000 m² ohne das 4. Stockwerk erwähnt. Michael Werner hat inkl. das 4. Stockwerk gerechnet. Das ist kein Widerspruch jedoch eine unterschiedliche Ausgangslage.

Ich darf mich nicht in die Debatte einmischen. Jürg Hebeisen hat das Geben und Nehmen erwähnt. Das "Nehmen" war die Miete des 4. Stockwerks.

Abteilungsleiter Hochbau Jürg Hebeisen: Die Eigentümerschaft ist mit einem Mietpreis von Fr. 280.--/m² in die Verhandlungen eingestiegen. Heute sind wir bei einem Preis von Fr. 210.--/m² angekommen.

Eduard Rippstein (CVP): Im Grossen und Ganzen ist die Diskussion bis jetzt nicht schlecht verlaufen. Ich möchte noch ein paar Anmerkungen anbringen:

- Wenn wir das Erdgeschoss mit Sitzungszimmern mieten, brauchen wir in den oberen Etagen keine Sitzungszimmer mehr.
- Der Kanton hat das 1. Obergeschoss gemietet. Wenn wir das 2. Stockwerk mieten, kann dieses nicht vom Kanton gemietet werden. Vielleicht sollte ein Etagenabtausch geprüft werden.
- Die genauen Mietzinszahlen können vor der nächsten Debatte noch nachträglich geliefert werden.

Colette Nova (SP): Auch ich muss noch ein paar Bemerkungen los werden:

- Der Gemeindepräsident hat den Personalbestand innert kürzester Zeit um 20 % von 125 auf 150 Mitarbeitende erhöht. Wie kommt so etwas zustande?
Im vorangehenden Geschäft Nr. 63 "Prognose der Gemeindeentwicklung" wird bis ins Jahr 2020 eine Bevölkerungszunahme von 2'337 Personen erwartet. Das entspricht einer Zunahme von + 14 %. Zusätzliche Einwohner sollten zu einem Skalaeffekt führen, d. h. es dürfen weniger als 14 % zusätzliche Mitarbeitende angestellt werden, ansonsten ist die Berechnung oder die Anwendung falsch.
- Quardaraterberechnung: Bei der Annahme 125 Arbeitsplätze x 30 m² würde die Miete von 1 ½ Stockwerken völlig ausreichen. Die kalkulierte Reserve ist schlicht zu gross.

Bei der Annahme von 4'000 m² dividiert durch 150 Mitarbeitende ergibt sich eine Arbeitsplatzfläche von immer noch knapp 27 m².

- Wenn die Eigentümerschaft das Risiko "4. Stockwerk vermieten" nicht tragen will, dann werden die Gemeinde resp. die Steuerzahlenden dieses Risiko erst recht nicht tragen wollen.
- Zeitablauf: Ich bin nicht bereit, die Katze im Sack kaufen! Ein richtiger Terminplan resp. Geschäftsablauf ist unbedingt notwendig. Die Einwände und die Fragen sind neu zu verhandeln und zuhanden der nächsten Parlamentssitzung mittels GGR-Botschaft zu beantworten.
- Dem Vernehmen nach, können sich alle Ortsparteien ein neues, jedoch weniger luxuriöses Verwaltungszentrum vorstellen. Ohne eine ausführliche Fragenbeantwortung seitens des Gemeinderats lehnt das Parlament das Geschäft ab. Der Gemeinderat muss sich und der Verwaltung gegenüber das Geschäft genügend ernst nehmen.
- Allgemeine Anmerkung: In der heutigen finanziellen Lage muss sich auch die Gemeinde Ostermundigen nach der Decke strecken: Wir sind nicht Muri oder Ittigen. Wir müssen uns nach den Verhältnissen richten und nicht umgekehrt.

Walter Bruderer (FORUM): Besten Dank für die Antworten der Herren Gemeindepräsident und Abteilungsleiter Hochbau.

- Auf meine 20 Fragen will ich eine schriftliche Beantwortung.
- Die Aussagen von Colette Nova (SP) zu der finanziellen Lage der Gemeinde Ostermundigen möchte ich mit ein paar Ausrufezeichen unterstützen.
- Auch beim "Tram Region Bern" wurde zuerst von 250 Mio. Franken an Gesamtkosten und immer von +/- 50 % gesprochen. Heute sind wir bereits bei über 500 Mio. Franken. Ich will im vorliegenden Geschäft eine genaue Kostenvorlage. Ohne diese kann das Projekt dem Souverän nicht zur Annahme empfohlen werden.

Heinz Gfeller (FDP): Erlaubt seien mir zwei Bemerkungen:

1. Mir fällt auf, die Swisscom rückt mit ihrer Bürofläche zusammen aber nicht in Ostermundigen und dies trotz eines langfristigen Mietvertrags und vielen leerstehenden Büros, welche noch heute finanziert werden müssen. Sind ein Grund dafür die hohen Steuern für die Wertschöpfung in Ostermundigen?
2. Ist die heutige Vorlage nicht eine Garantie für einen konkurrenzlos hohen Steuerfuss in der Region?

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Noch eine Anmerkung zur Liftreparatur: Es geht nicht darum, dass der Lift repariert wird, sondern dass ich einen schlechten Eindruck von der Vermieterschaft habe.

Der Preis der Vermieterschaft von 280.-- pro m² ist eine Zahl aus dem "Tierbuch": Der Preis setzt eine Toplage voraus - aber nicht an der Poststrasse 6 in Ostermundigen. Die Fr. 210.--

/m² sind nach wie vor ein anständiger Preis. Die Gemeinde Ostermundigen muss nicht als Bittsteller auftreten!

Beat Weber (SVP): Ich nehme mit Freude zur Kenntnis, dass wir heute Abend alle ins gleiche Horn blasen. Die Miete eines Verwaltungszentrums entspricht nicht unseren Vorstellungen. Ist der Investitionsbetrag von 4,2 Mio. Franken nicht auch für einen Neubau durch die Gemeinde berechtigt?

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Zum Votum von Colette Nova (SP):

Meine Personalberechnung sieht wie folgt aus: Mitarbeitende, die bereits heute im Einsatz sind; plus neue Mitarbeitende im Bereich Soziales. Andere Abteilungen dürfen auch ein gewisses Potenzial geltend machen. Gewisse Dienstzweige sollen nicht von Anfang an ausgelagert werden.

Zum Mietpreis: Die Fr. 280.--/m² waren die Ausgangslage und nicht ein marktüblicher Preis. Die Miete eines 20-jährigen Hauses ist letztendlich günstiger, als die Miete eines Neubaus.

Eine Neubauvariante bedingt ein Planerlassverfahren und löst eine zeitliche Verzögerung aus.

Nach 30 Jahren in einem Provisorium ist der Schritt für die Umsetzung jetzt ideal. Wir haben genügend Stoff, um die Botschaft für die Februar-Sitzung bereitstellen zu können.

Christian Zeyer (SP): Ich finde es auch gut, dass wir alle in das selbe Horn blasen. Nur habe ich das Gefühl, dass die Musik des Grossen Gemeinderates (GGR) vom Gemeinderat nicht verstanden wird. Wir dürfen in zwei Monaten nicht die Fortsetzung des heutigen Projektes aufgetischt bekommen. Sollte dies trotzdem der Fall sein, werde ich alles Notwendige unternehmen, um das Projekt zu versenken.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Die Rechtslage ist klar. Das Geschäft wird für eine zweite Lesung im Parlament vorbereitet. Wenn der GGR dem Geschäft zustimmt, dann wird dieses anschliessend dem Volk zur Entscheidung vorgelegt.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 30 zu 2 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Von den geplanten Absichten des Gemeinderates in Bezug auf ein Verwaltungszentrum an der Poststrasse 6 wird Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat wird beauftragt, die gestellten Fragen zu der vorliegenden Botschaft bis zur definitiven Verabschiedung am 16. Februar 2012 zu beantworten.

20.2.00 Allgemeines

66. Finanzplan und Investitionsprogramm 2012 - 2016; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Zum Anfang der heutigen Finanzdebatte kann der Gemeinderat wie gewohnt dem Parlament einen Trend zur Rechnung des laufenden Jahres bekannt geben.

Zur Erinnerung: Der Voranschlag 2011 weist - bei einem Aufwand von 90,2 Mio. CHF und einem Ertrag von 85,6 Mio. CHF - einen Aufwandüberschuss von 4,6 Mio. CHF aus. Aufgrund der bis heute vorliegenden Daten darf erfreulicherweise festgestellt werden, dass das definitive Ergebnis der Rechnung 2011 wahrscheinlich besser ausfallen wird als budgetiert. Eine aktuelle Auswertung geht davon aus, dass die Rechnung um etwa 1 Mio. CHF besser abschliessen könnte, so dass der aktuelle Aufwandüberschuss noch rund 3,6 Mio. CHF betragen würde.

Die Verbesserungen kommen vor allem auf der Ertragsseite zustande. Diese schliesst um 900'000 CHF besser ab als budgetiert. Auf der Aufwandseite ergeben sich lediglich Einsparungen von rund CHF 100'000.

Die Aufwandseite im Einzelnen. Die Ausgaben für das Personal liegen um CHF 200'000 unter dem Budget. Auch beim Sachaufwand können ergebniswirksame Einsparungen gemacht werden. Diese werden mit etwa CHF 300'000 angenommen. Die Passivzinsen liegen auch um etwa CHF 100'000 unter dem Budget.

Die Abschreibungen dagegen liegen - wegen Steuerabschreibungen - um etwa CHF 200'000 über dem Voranschlag. Die Zahlungen an den Kanton bleiben mit etwa Franken 300'000 über den Erwartungen. Grund dafür ist vor allem der höhere Gemeindeanteil an den Lastenanteil Sozialhilfe.

Beim Aufwand können die einzelnen Positionen für den effektiven Jahresabschluss schon ziemlich genau berechnet werden, was für die Ertragsseite - besonders wegen der Steuererträge - nicht möglich ist.

Bei den Steuern werden - aufgrund der bis heute vorliegenden Daten - Mindererträge von insgesamt CHF 400'000 erwartet. Der Grund dafür liegt bei den tieferen Nachzahlungen aus den Vorjahren bei den Einkommenssteuern der natürlichen Personen.

Die übrigen Erträge werden um etwa 1,3 Mio. CHF höher ausfallen als budgetiert. Dafür verantwortlich sind vor allem die um 1 Mio. CHF höheren Einnahmen aus Verkehrsbussen und eine ausserordentliche Entnahme aus einer Spezialfinanzierung zugunsten der Laufenden Rechnung von CHF 300'000.

Indem damit gerechnet werden kann, dass die Rechnung des laufenden Jahres um 1 Mio. CHF besser abschliessen wird, verbessern sich auch die Ergebnisse im Finanzplan. Wir werden ein gewisses Eigenkapital über alle Planjahre hinweg erhalten können und im letzten Planjahr sollte es dann wieder ca. 1,5 Mio. CHF betragen. Werden die Verbesserungen durch die eben beschlossenen geringeren Investitionen für das Verwaltungszentrum noch einbezogen, wer-

den wir im letzten Planjahr 2016 wieder ein Eigenkapital von einem Steuerzehntel verzeichnen können.

Ich hoffe, mit diesen Angaben gedient zu haben und danke für die Aufmerksamkeit. Für den weiteren Verlauf der Diskussionen hoffe ich auf eine konstruktive und sachliche Budgetdebatte.

Ernst Hirsiger (SVP): Es ist Weihnachtszeit und gerne nehmen wir das Geschenk einer um 1 Mio. Franken verbesserten Gemeindefinanzrechnung 2011 entgegen. Die SVP-Fraktion schätzt die Arbeiten des Gemeinderates und der Verwaltung. Trotzdem haben wir manchmal andere Auffassungen in Bezug auf die richtige Lösung.

Die SVP-Fraktion stellt in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Fraktionsvertretenden des "runden Tisches zu den Gemeindefinanz" den **Rückweisungsantrag** resp. Ordnungsantrag (Art. 39 d GO GGR) mit nachstehendem Auftrag an den Gemeinderat:

1. *Der Finanzplan 2012 – 2016 ist so zu überarbeiten, dass Ende 2016 mindestens ein Eigenkapital von einem Steuerzehntel ausgewiesen wird.*
2. *Dieses Ziel ist nicht mit Mehreinnahmen, sondern mit Ausgabekürzungen zu erreichen.*

Begründung:

Der Gemeindehaushalt Ostermundigen weist seit mehreren Jahren ein strukturelles Defizit von ca. 2 bis 2,5 Mio. Franken aus. Die Strategie des Gemeinderates zur Verbesserung der Finanzlage der Gemeinde besteht im Wesentlichen auf den zwei Pfeilern "Gemeindeentwicklung" und "Mehreinnahmen". Die Botschaft "Prognose der Gemeindeentwicklung", welche dem Rat vorgängig zur Kenntnisnahme unterbreitet wurde, erläutert die Annahmen, die für den Finanzplan als Grundlage dienen. Ist der Grosse Gemeinderat mit diesen Annahmen nicht einverstanden, müssen Änderungen bei der Behandlung des Finanzplanes beschlossen werden.

Die Fraktionsvertreter des runden Tisches stehen diesen Annahmen grossmehrheitlich mit Skepsis gegenüber und wünschen eine Ergänzung der Finanzstrategie mit zusätzlichen Massnahmen. Die aktuelle Strategie des Gemeinderates ist zu einseitig auf die räumliche Entwicklung und Mehreinnahmen ausgerichtet und somit nicht nachhaltig. Sie basiert auf dem Prinzip "Hoffnung", dass ab dem Jahr 2016 die Gemeindefinanz ohne unpopuläre Massnahmen wieder auf dem Weg der Gesundung sein werden. Bei der aktuellen Wirtschaftslage ist dieses Szenario reichlich optimistisch, um nicht zu sagen blauäugig.

Die SVP-Fraktion stellt unabhängig vom runden Tisch zusätzlich den **Änderungsantrag Nr. 2**, die Finanzplanung sei in folgenden Punkten zu überarbeiten und zu ergänzen:

3. *Die Erhöhung der Gemeindesteueranlage von 1,65 auf 1,69 und der Liegenschaftssteuer von 1,2 % auf 1,5 % ist zeitlich zu befristen.*
4. *Ab dem Jahr 2015, spätestens aber ab 2016 sollen wieder die bisherigen Steuersätze gelten.*
5. *Zur besseren Übersicht über die notwendigen Investitionen der Gemeinde für die kommenden 8 Jahre soll als zusätzliches Planungsinstrument eine verlässliche Investitionsplanung erstellt und dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.*

Begründung:

Die Steueranlage der Gemeinde Ostermundigen ist im Vergleich zu den Nachbargemeinden schon heute nicht konkurrenzfähig. Der Zeitraum mit höheren Steuereinnahmen soll dazu genutzt werden, das strukturelle Defizit des Gemeindehaushaltes mit gezielten Einsparungen abzubauen. Dieser Prozess wird nicht ohne Aufgabenverzicht und Leistungsabbau zu verwirklichen sein und muss ab Januar 2012 unter Einbezug der Ortsparteien erfolgen.

Investitionen sind im Normalfall langfristig planbar. Der Investitionsrhythmus der Gemeinde Ostermundigen ist sehr hoch. Er übersteigt zurzeit das für einen gesunden Finanzhaushalt der Gemeinde mittel- bis langfristig tragbare Mass. Kurzfristige Überraschungen, wie die anstehende Renovierung sämtlicher Kindergärten in Ostermundigen zur gleichen Zeit können damit vermieden werden.

Die SVP-Fraktion stellt unabhängig vom runden Tisch den **Änderungsantrag Nr. 3**, folgende Investitionsvorhaben (Projektvorhaben) für die Jahre 2012 bis 2016 zurückzustellen und zu einem späteren Zeitpunkt auszuführen:

6. *Optimierung der Bushaltestellen und der Wartehallen (Behindertengleichstellungsgesetz) der Linien 28 und 44, 2012 - 2023 (Projektnummer 4.119)*
7. *Beschaffung einer semistationären Radaranlage (Projektnummer 6.111)*

Begründung:

Beide Investitionsvorhaben sind weder dringlich noch zwingend.

Das Behindertengleichstellungsgesetz verlangt von den Gemeinden die behindertengerechte Anpassung der Verkehrsmittel und deren Bauten bis spätestens 2023. Es verbleibt somit noch genügend Zeit dies zu tun. Ostermundigen muss nicht immer bei den Pionieren bei der Umsetzung solcher Vorhaben sein.

Die Beschaffung einer teilstationären Radaranlage soll der Gemeinde wieder ermöglichen, selbständig nach Bedarf und Notwendigkeit individuelle Geschwindigkeitsmessungen auf Gemeindegebiet durchzuführen. Die Erträge Verkehrsbussen würden in die Gemeindekasse fließen und somit die Anschaffungskosten der Anlage in kurzer Zeit amortisieren. Vordergrundig geht es bei der Anschaffung um die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf dem Strassennetz der Gemeinde. Letztlich dient die Anlage aber als Einnahmequelle auf Kosten der Autofahrer. Dagegen wehrt sich die SVP-Fraktion.

Der erste Antrag resp. Rückweisungsantrag ist der Konsens des runden Tisches. Die beiden anderen Anträge basieren auf den Meinungen der SVP-Fraktion. Diese können abgeändert aber auch abgelehnt werden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Rückweisungsanträge sind Ordnungsanträge gemäss Artikel 39 d der Geschäftsordnung des GGR. Über diese hat das Parlament erst am Schluss der Debatte zu entscheiden. Demnach geht die Diskussion weiter.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin mit Ernst Hirsiger einverstanden, jetzt sind Taten gefragt und nicht nur immer Worte. Wir befinden uns in einer finanziellen Notlage. Dazu möchte ich auch noch einige Vorschläge anbringen:

- Bereits im letzten Jahr haben wir den Finanzplan abgelehnt.
- Welche Dienstleistungen z. B. mit Nachbargemeinden möglich wären, wäre wichtig zu eruieren. Wir denken an die Feuerwehr, den Werkhof, den Einkauf, die Abfallentsorgung, die EDV, grundsätzliche Fragen betreffend Energie, Bau, Sauberkeit, Ordnung, Vandalismus, Sport- und Kulturhallen, Verkehr, Umwelt.
- Wegwerfen von Abfall ist zu büssen. Das Nichtbeachten von Fahrverboten ist zu ahnden.
- WoV (= Wirkungsorientierte Verwaltung) ist nur soweit sinnvoll und nur intern anzuwenden. Die Informationen auf den erhaltenen Dokumenten sind vermutlich intern zweckmässig, aber kaum nachvollziehbar im Parlament.
- Jede Investition muss hinterfragt werden: Trägt die Investition tatsächlich zu einer Verbesserung des Finanzwesens bei? Das Projekt "Verwaltungszentrum Poststrasse" kostet uns x-Millionen. Welches sind die finanziellen Vorteilen. Auch der Kanton muss sich spätestens nach der Steuerreduktion Gedanken zum reduzierten Steuerertrag machen: Wegfall des Nationalbankgewinnes und Milliarden des Schweizerischen Finanzausgleichs etc..
- Wir denken auch an den sinnvollen Einsatz von Arbeitslosen für einfache Arbeiten.
- Man sollte sich vor jeder Investition überlegen, was zu den geringsten wiederkehrenden Aufwänden führt. Wie viel Aufwand wird jährlich geleistet für das Entlauben? Kommen wirklich nur Laubbäume in Frage?
- Das Installieren von unterirdischen Abfallsammelstellen ist auf jene Standorte zu beschränken, wo die Wohnqualität von zu nahen Anwohnern gestört wird.
- Warum wird „Veloplus“ (Bernstrasse 65) und das Gebäude vis-à-vis an der Bernstrasse nicht verkauft?

Ostermundigen darf die Rolle als Erstanwender nicht suchen, ausser es seien dadurch nachweisbare Einsparungen sicher gestellt.

Den Finanzplan und das Budget lehnen wir Mitglieder vom FORUM ab.

Rahel Wagner (EVP): Der vorliegende Finanzplan hat mir einiges Kopfzerbrechen und viele Arbeitsstunden bereitet. Dies ist teilweise dem Protokoll der Geschäftsprüfungskommission zu entnehmen. Teilweise deshalb, weil in den letzten Tagen noch einige Abklärungen bei der Verwaltung nötig waren.

Auf Ihrem Tisch finden Sie die Antworten der Finanzabteilung zu den Investitionen im Freibad und zu weiteren allgemeinen Fragen zum Finanzplan, welche ich in meinem Schreiben vom 8. Dezember gestellt hatte. Ich danke dem Abteilungsleiter Stefan Lanz für die ausführliche Beantwortung bestens. Die gezielten Fragen an die Abteilung Tiefbau bezüglich der Einsetzung von Netto- und Bruttobetragen im Finanzplan konnte ich heute Morgen mit dem Abteilungsleiter besprechen. Er hat mir das Vorgehen bei der Finanzplanung ausführlich erklärt und meine Fragen zu meiner vollen Zufriedenheit beantwortet. Besten Dank auch an Herrn Mario Rech.

Wie der Abteilungsleiter Finanzen, Herr Stefan Lanz, in seinem Schreiben darlegt, ist es notwendig, in Bezug auf die Nachvollziehbarkeit und Transparenz in den Erläuterungen zum Finanzplan eine Qualitätsverbesserung anzustreben. Die Zahlen im neu konzipierten Finanzplan sind teilweise absolut nicht verständlich und differieren zur entsprechenden Investitionsbe-

schreibung. Die Geschäftsprüfungskommission muss Wege finden, wie sie den Finanzplan in Zukunft prüfen will. GPK-Präsident Walter Bruderer hat inzwischen bereits die ersten Schritte eingeleitet. Besten Dank an Walter Bruderer!

Anlässlich des runden Tisches mit allen Parteien und einer Gemeindevertretung hat man - wie von Ernst Hirsiger (SVP) bereits erläutert - nach Wegen gesucht, wie die Finanzlage der Gemeinde verbessert werden kann. Das Parlament ist vom Volk gewählt und somit seine Vertretung in der politischen Gemeinde. Deshalb sind wir auch dafür verantwortlich, alles zu unternehmen, dass der finanzielle Abwärtstrend frühzeitig gestoppt werden kann. Die Parteien unseres Parlaments haben sich dann auch zusammengerauft, um eine gemeinsame Lösung zu suchen. Es kann hier nicht mehr um Parteiinteressen gehen, es geht um unsere Gemeinde und ihre Einwohnerinnen und Einwohner.

Deshalb trägt auch die EVP-Fraktion den Entscheid mit, den Finanzplan zurückzuweisen. Sie kann aber die Anträge der SVP zu diesem Zeitpunkt nicht unterstützen. Wir möchten den "runden Tisch" im Jahr 2012 weiterführen und in diesem Rahmen alle Fragen der SVP in Ruhe klären. Die ganze Finanzplanung ist nochmals unter die Lupe zu nehmen, um noch Sparpotenzial zu eruieren. Unserer Partei ist es ein grosses Anliegen, dass diese Sitzungen im gegenseitigen Einvernehmen und Verständnis ablaufen werden und alle Teilnehmenden nur eines im Sinn haben, nämlich Wege zu finden, unsere Gemeinde im klippenreichen Finanzgewässer sicher ans Ziel zu führen.

Noch etwas ist unserer Fraktion ein grosses Anliegen. Es besteht nämlich die Gefahr, dass es für die Bevölkerung von Ostermundigen nicht nachvollziehbar ist, weshalb wir bei solchen Finanzproblemen noch ein Tram bauen wollen. Es muss ganz klar immer wieder kommuniziert werden, dass die Gemeinde für die Anpassungsarbeiten an das Tram ca. 16 Mio. Franken aus Mehrwertabschöpfungen auf "der hohen Kante" hat. Und dieser Betrag nimmt wahrscheinlich in den kommenden Jahren noch weiter zu. Deshalb die Bitte an alle Parteien: Erwähnt diese Tatsache immer wieder, wenn die Themen Tram und Finanzen aufkommen. Dies ist sehr wichtig!

Bruno Grossniklaus (SP): Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion lehnen den Finanzplan ebenfalls ab. Als wir das Geschäft diskutiert haben, ist mir ein Zitat des Philosophen Adolonis in den Sinn gekommen: "Gestern war alles grün - heute ist alles schlimm - und morgen ist alles versch...!" - entschuldigen Sie mir die Wortwahl.

Wir sehen einer unerfreulichen Finanzsituation entgegen. Wir müssen sorgfältig mit unseren Finanzen umgehen. Aus diesen Gründen unterstützen wir die Situation, dass am Ende der Planungsperiode noch 2 Mio. Franken Eigenkapital vorhanden sein muss.

Im Zusammenhang mit dem Verwaltungszentrum geben wir noch zu bedenken, dass wenn das 4. Obergeschoss nicht gemietet werden muss, wir diesem Ziel schon einem grossen Schritt entgegen gekommen sind.

Zum Änderungsantrag Nr. 3 der SVP-Fraktion betreffend Radaranlagen möchte ich anfügen, dass ich ein Zurückschieben dieser Investition nicht verstehen kann. Wir alle wissen aus Medienberichten, dass wir ein Verkehrsproblem mit häufig zu schnellen Automobilisten haben. Dies führt immer wieder zu fürchterlichen Unfällen. Wir wollen die Automobilisten finanziell nicht abschröpfen und ziehen ihnen kein Geld aus dem Portemonnaie, wenn sie sich an die Verkehrsregeln halten.

Aziz Dogan (SP): Ich will nun etwas zur Nationalpolitik und Gemeindepolitik sagen. In den Jahren 1980 bis 1990 ging es der Schweiz wirtschaftlich sehr gut. Die Wirtschaft verzeichnete in diesen Jahren ein Hoch. Ab 1990 hatte die Wirtschaftslage in der Schweiz einen Abschwung. Doch die Wirtschaftslage hat sich in den Jahren von 2005 bis 2008 wieder verbessert. Seit 2008 geht es wieder bergab, was auch mit der globalen Finanzkrise zusammenhängt.

Die Schweiz hat einen sehr hohen Exportanteil und ist somit teilweise von der Wirtschaftssituation im Ausland abhängig. In den nächsten Jahren wird sich die Krise meiner Meinung nach verschlechtern und 40'000 Menschen werden von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die globale Wirtschaftskrise werden die Gemeinden in naher Zukunft noch stärker zu spüren bekommen. 18 % der Bevölkerung von Ostermundigen ist vom Sozialdienst abhängig. Doch nicht alle dieser 18 % sind arbeitssuchend, sondern verdienen zu wenig, um für ihre Familien zu sorgen. Auf Grund dieser Krise sinken dann auch die Steuereinnahmen. Die Finanzplanung vom Gemeinderat sollte von allen Ratsmitgliedern unterstützt werden. Die Finanzlage in der wir stecken, ist nicht das schlechte Ergebnis des Gemeinderates, sondern das der globalen Finanzkrise.

Ernst Hirsiger (SVP): Das Abstimmungsprozedere soll erleichtert werden: Wir schwächen die beiden Änderungsanträge Nr. 2 und 3 als Ideenkatalog resp. Anregung für den Finanzplan ab. Ich kann mich mit der Idee der EVP-Fraktion, die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen am runden Tisch weiter zu bearbeiten, einverstanden erklären.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte alle bitten, die Voten kurz zu fassen. Das Vorgehen sieht vor, dass wir nach der Diskussion zuerst über den Rückweisungsantrag abstimmen. Wenn dieser angenommen wird, entfallen die Änderungsanträge Nr. 2 und 3.

Sandra Löhner (CVP): Wir von der CVP-Fraktion können uns den Vorrednern mehrheitlich anschliessen. Wir werden den Finanzplan ebenfalls zurückweisen. Besonders wichtig erscheint uns, eine langfristige Investitionsplanung über acht Jahre hinweg offen zu legen.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Wir nehmen den Rückweisungsantrag zur Kenntnis. Es steht dem Parlament zu, diesen Rückweisungsantrag zu unterstützen. Der Finanzplan ist ein Planungsinstrument des Gemeinderates. Die reale Finanzentwicklung kann niemand genau vorhersagen. Der Gemeinderat ist von einer realistischen Planung ausgegangen.

Zusammen mit der Gemeinderechnung 2011 wird dem Parlament im Mai 2012 ein aktualisierter Finanzplan vorgelegt.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es stehen keine Wortmeldungen mehr an. Somit können wir das Abstimmungsprozedere vornehmen. Ich zitiert nochmals den **Rückweisungsantrag** der SVP-Fraktion:

1. *Der Finanzplan 2012 - 2016 ist so zu überarbeiten, dass Ende 2016 mindestens ein Eigenkapital von einem Steuerzehntel ausgewiesen wird.*
2. *Dieses Ziel ist nicht mit Mehreinnahmen, sondern mit Ausgabekürzungen zu erreichen.*

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): So wie ich Ernst Hirsiger (SVP) verstanden habe, ist nur der Punkt 1 des Rückweisungsantrages am runden Tisch zu erarbeiten.

Ernst Hirsiger (SVP): Es ist über die Punkte 1 und 2 zu entscheiden.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 7 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Der Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2016 wird zurückgewiesen.

20.1.01 Jahresvoranschläge - Budgets

65. Voranschlag der Laufenden Rechnung 2012 mit Festsetzung der Steueranlagen und der Hundetaxe; Genehmigung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Eduard Rippstein (CVP): Die Idee des runden Tisches "Finanzen" wurde anlässlich der letzten Budgetdebatte von mir eingebracht. Was heisst "runder Tisch"? Dieser Ausdruck kommt aus Friedensverhandlungen. Alle sitzen gemeinsam um einen Tisch - es gibt kein Oben und auch kein Unten; alle sind gleichberechtigt. Es wird versucht, etwas, was noch nicht in Ordnung ist, ins Lot zu bringen. Diese Absicht hatte ich auch bei der Eingabe meiner Idee.

Wir geben momentan rund 2 Mio. Franken mehr aus, als wir einnehmen. Auf die Dauer kann dieser Missstand nicht gut gehen. Die Ausgaben werden von den Parlamentsmitgliedern beschlossen. Alle Fraktionspräsidenten haben am runden Tisch für die Einsparung der 2 Mio. Franken eine Einigkeit gesucht. Über die Parteigrenzen hinweg müssen Kompromisse getroffen resp. gefunden werden. Nur so können wir das gemeinsame Ziel erreichen. Aus diesem Grund stelle ich im Namen des runden Tisches den nachfolgenden **Änderungsantrag Nr. 1:**

Der Voranschlag für das Jahr 2012 wird mit folgender Änderung genehmigt. Er schliesst ab mit

- a) einem Gesamtaufwand von Fr. 93'254'540.--*
- b) einem Gesamtertrag von Fr. 91'054'540.-- und*
- c) einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'200'000.--.*

Der Gemeinderat wird beauftragt, die gegenüber seinem Entwurf notwendigen Kürzungen und Streichungen beim Aufwand vorzunehmen, damit der Aufwandüberschuss 2,2 Mio. Franken nicht übersteigt.

Ich weiss, dass der Gemeinderat diese Aussage als nicht rechtsverbindlich taxiert. Wir haben die Situation mit drei Juristen überprüft und diese haben die Verbindlichkeit anerkannt. Des weitern möchten wir noch drei weitere Beschlusseziffern anfügen:

Neue Beschlusseziffer 4:

Überparteiliches Postulat betreffend Herabsetzung der Verfügungskompetenzen des Gemeindepersonals gemäss Art. 84 OrgVO

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob die Verfügungskompetenzen des Gemeindepersonals auf Fr. 5'000.-- herabgesetzt werden können (Änderung von Art. 84 OrgVO).

Wir haben heute eine zu hohe Finanzkompetenz in der Verwaltung. Wir möchten, dass die Gemeinderäte die Verantwortung für die Finanzausgaben übernehmen, indem die Verfügungskompetenz auf Fr. 5'000.-- reduziert wird.

Neue Beschlusseziffer 5:

Überparteiliches Postulat betreffend Einführung eines Inkassomanagements und Finanzcontrollings

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Inkassomanagement und Finanzcontrolling einzuführen. Das soll mit dem bestehenden Personal geschehen. Der Gemeinderat soll den GGR vierteljährlich orientieren, wie er das Controlling gestalten und führen will.

Wir haben bereits beim vorangehenden Geschäft (Finanzplan) gehört, dass es nicht ganz klar ist, wie das funktioniert. Gewisse Sachen wurden von der Geschäftsprüfungskommission mit dem Hinweis "zuwenig geprüft" taxiert.

Neue Beschlusseziffer 6:

Überparteiliches Postulat betreffend Einsetzung einer Spezialkommission "Effizienzsteigerung"

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, zuhanden der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 16. Februar 2012 die Einsetzung eines geeigneten Gremiums unter Beteiligung von Parlaments- und Gemeinderatsmitgliedern vorzuschlagen, das dem Gemeinderat beratend zur Seite steht, um die Gemeindefinanzen zu überprüfen. Ziel ist, durch Effizienzverbesserungen und Einsparungen das strukturelle Defizit der Gemeinde zu eliminieren.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die unselbständigen Postulate gemäss Artikel 53 Absatz 2 GO GGR sind in der Regel sofort zu behandeln. Möchte sich jemand noch inhaltlich zu den drei erwähnten unselbständigen Postulate äussern? Anschliessend stimmen wir sofort über diese ab. Dabei geht es:

- um die Verfügungskompetenz des Gemeindepersonals,
- die Einführung eines Inkassomanagements und Finanzcontrollings und
- die Einsetzung einer Spezialkommission.

Die davor erwähnten Änderungen der vielen Frankenbeträge ist ein Änderungsantrag, über welchen wir selbstverständlich erst am Schluss abstimmen.

Bruno Grossniklaus (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion unterstützt die Unterschriftenregelung resp. Herabsetzung der Verfügungskompetenz auf Fr. 5'000.--. Auch bei der Einführung eines Finanzcontrollings bieten wir Hand; dies erscheint uns ebenfalls sinnvoll zu sein. Eine Spezialkommission kann meinetwegen eingeführt werden. Letztendlich hat gemäss Gemeindeordnung der Gemeinderat die Zielsetzungen der Spezialkommission zu definieren und nicht der GGR.

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine Zweispurigkeit ausufern. Je nachdem wie die Aufgaben und Ziele der Spezialkommission definiert werden, hat die Finanzkommission diese zu übernehmen.

Walter Bruderer (FORUM): Wir vom FORUM unterstützen die drei unselbständigen Postulate. Gleichzeitig lehnen wir eine Steuererhöhung oder den Abbau von Dienstleistungen ab. Es ist primär die Aufgabe des Gemeinderats resp. Verwaltung, für gute finanzielle Situationen innerhalb der Gemeinde zu sorgen. Es ist grundsätzlich traurig, dass sich ein runder Tisch mit

dieser Problematik befassen muss. Neben der Ablehnung der Vorlage möchte ich noch einen **Änderungsantrag Nr. 2** vortragen:

Das Geschäft "Voranschlag 2011" ist freiwillig dem Stimmvolk vorzulegen.

Eduard Rippstein (CVP): Dem Votum von Bruno Grossniklaus (SP) möchte ich anfügen, dass die Finanzkommission die Gesamtfinanzen der Gemeinde Ostermundigen zu prüfen hat. Wir wollen, dass die Spezialkommission Einsparungen aufzeigt. Im Wortlaut wird wörtlich erwähnt: *...dem Gemeinderat beratend zur Seite,...*

Bruno Grossniklaus (SP): Aus meiner Optik genügt es, wenn der Gemeinderat die Beratung vornimmt. Der Gemeinderat kennt die Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen. Wir sollten der Exekutive das nötige Vertrauen entgegenbringen, dass sie die notwendigen Sparmassnahmen zum Budget 2012 vornimmt. Im Reglement über die ständigen Kommissionen ist unter Finanzkommission erwähnt, dass sie den jährlichen Voranschlag zuhanden des Gemeinderates überarbeitet. Nach meinen Informationen werden in den einzelnen Kommissionen die Budgets der Departemente beraten. Also sollten wir unserer Exekutive vertrauen schenken. Ich bin eher misstrauisch, doch diesen Sachverhalt traue ich dem Gemeinderat zu.

Ernst Hirsiger (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt die drei unselbständigen Postulate.

Eduard Rippstein (CVP): Bruno, wenn wir Einsparungen/Kürzungen - z. B. Dienstleistungen nicht mehr anbieten - seitens Parlament vornehmen müssen, so dürfen diese weder durch die Finanzkommission, noch durch den Gemeinderat gekürzt werden. Diese Aufgabe hat das Parlament zu übernehmen.

Heinz Gfeller (FDP): Ich hoffe, dass alle Schlüsselpositionen der Verwaltung (Parlamentsmitglieder, Gemeinderat und Abteilungsleitenden) bemerkt haben, in welcher misslichen finanziellen Lage wir uns befinden. Wir von der FDP-Fraktion unterstützen die Anträge voll und ganz.

Bruno Grossniklaus (SP): Im Reglement für ständige Kommissionen, Artikel 17 - Finanzkommission ist festgehalten: *6. Der Finanzkommission obliegen das Beraten des Gemeinderates in Fragen hinsichtlich des Finanzhaushaltes.*

Es braucht keine Spezialkommission, damit der Gemeinderat dem Parlament Einsparungsvorschläge vorschlagen und durchsetzen kann. Die Finanzkommission kann via Gemeinderat dem GGR Antrag stellen. Dafür wird kein zusätzliches Organ notwendig.

Colette Nova (SP): Der vorgelesene Text sagt aus, dass die nichtständige Kommission dem Gemeinderat beratend zur Seite stehen soll. *Ziel ist, durch Effizienzverbesserungen und Einsparungen das strukturelle Defizit der Gemeinde zu eliminieren.* Das ist ein ganz spezifisches Ziel,

welches nicht im Aufgabenkatalog der Finanzkommission steht. Für die Aufgabenerfüllung wurde bewusst eine Spezialkommission gewählt.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ein Postulat will die Prüfung einer Sache: Was ist rechtlich überhaupt möglich und was nicht? Letztendlich soll der politische Wille kundgetan werden.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Bereits beim Geschäft "Verwaltungszentrum" hat der Gemeinderat die Absichten geäussert, dass er ein Projekt "Aufgaben- und Leistungsüberprüfung" durchzuführen gedenkt. Auch da soll das Parlament beigezogen werden. Die drei Postulate werden deshalb vom Gemeinderat zur Prüfung entgegen genommen. Die Formulierung der Postulate ist richtig.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich möchte die Abstimmung für die drei Postulate vornehmen. Ich lese nochmals den Text vor:

Neue Beschlusseziffer 4:

Überparteiliches Postulat betreffend Herabsetzung der Verfügungskompetenzen des Gemeindepersonals gemäss Art. 84 OrgVO

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, ob die Verfügungskompetenzen des Gemeindepersonals auf Fr. 5'000.-- herabgesetzt werden können (Änderung von Art. 84 OrgVO).

A b s t i m m u n g :

Das überparteiliche Postulat wird mit 28 zu 2 Stimmen erheblich erklärt.

Neue Beschlusseziffer 5:

Überparteiliches Postulat betreffend Einführung eines Inkassomanagements und Finanzcontrollings

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Inkassomanagement und Finanzcontrolling einzuführen. Das soll mit dem bestehenden Personal geschehen. Der Gemeinderat soll den GGR vierteljährlich orientieren, wie er das Controlling gestalten und führen will.

A b s t i m m u n g :

Das überparteiliche Postulat wird mit 30 zu 0 Stimmen erheblich erklärt.

Neue Beschlusseziffer 6:

Überparteiliches Postulat betreffend Einsetzung einer Spezialkommission "Effizienzsteigerung"
Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, zuhanden der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 16. Februar 2012 die Einsetzung eines geeigneten Gremiums unter Beteiligung von Parlaments- und Gemeinderatsmitgliedern vorzuschlagen, dass dem Gemeinderat beratend zur Seite steht, um die Gemeindefinanzen zu überprüfen. Ziel ist, durch Effizienzverbesserungen und Einsparungen das strukturelle Defizit der Gemeinde zu eliminieren.

A b s t i m m u n g :

Das überparteiliche Postulat wird mit 26 zu 4 Stimmen erheblich erklärt.

Damit können wir die Diskussion zum Voranschlag weiterführen. Momentan liegen noch je ein Änderungsantrag des "runden Tisches" sowie des FORUMS zur Abstimmung vor.

Rudolf Kehrl (SP): Zuerst besten Dank für die Wahl zum GPK-Präsidenten 2012.

Die Bundesratswahlen sind vorbei, die Überraschung ist ausgeblieben. Auch beim vorliegenden Geschäft gibt es keine Überraschung. Der Gemeinderat legt uns einmal mehr ein defizitäres Budget vor. Die 2,7 Mio. Franken sind nicht schlecht - doch leider fehlt das Pluszeichen vor der Zahl.

In den Erläuterungen wird dargestellt, wie das Resultat zustande gekommen ist: Hier eine Einsparung und dort eine Einsparung. Auch bei den freiwilligen Beiträgen wurden Einsparungen vorgenommen. Hinzu kommt noch eine kleine Steuererhöhung. Der grosse Wurf ist einmal mehr nicht geglückt. Fehlt es am guten Willen? Das Geschäft wird noch zu Diskussionen führen.

Klar ist, dass die 2,7 Mio. Franken Defizit an der Schmerzgrenze liegen. Dank dem angesparten Eigenkapital kann das Defizit noch abgedeckt werden, und es ist noch verkraftbar. Der Rechnungsabschluss 2011 wird etwas besser als budgetiert abschliessen. Dieser Sachverhalt kommt dem Eigenkapital zugute.

Diese Defizitwirtschaft darf nicht weiter geführt werden, dessen sollten sich alle Parlamentsmitglieder bewusst sein. Der Gemeinderat muss sich zusammenraufen und in Zukunft akzeptierbare resp. ausgeglichene Budgets vorlegen.

Ostermundigen ist und bleibt ertragsschwach. Aus diesem Grund besteht auch das sogenannte Strukturdefizit. Das ist das grosse Problem. Wir hoffen und vertrauen auf die vorhergesagte Gemeindeentwicklung, welche das Problem lösen soll.

Alles kommt mir vor, wie wenn alle miteinander mit dem Auto nach Rom fahren wollen. Alle haben ein Navigationsgerät vor sich, mit der Zieleingabe "Rom" oder wie im vorliegenden Geschäft "ausgeglichenes Budget". Bekanntlich führen viele Wege nach Rom. Einige wollen einen Umweg via Venedig einschlagen, andere machen einen längeren Halt beim schiefen Turm von Pisa. Andere zünden den Turbo und wieder andere haben noch die Handbremse

angezogen. Ein Teil fährt stur nach dem Navigationsgerät und andere mehr nach Gefühl. Aber auch die mit dem Navigationsgerät sind nicht unfehlbar. Plötzlich findest du dich auf einem Feldweg wieder und eine nette Frauenstimme sagt: "Bitte nächste Autobahnausfahrt benutzen, dann links abbiegen."

Zur Sache: Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion kann nach längeren Diskussionen dem vorliegenden Budget 2012 zustimmen. Aber Achtung: So einfach geht es doch nicht. Gewisse Positionen im Budget 2012 wurden gestrichen oder reduziert. Diese Positionen sollen korrigiert werden. Sie entsprechen nicht dem Credo der SP. Bei der seitenweisen Detailberatung werden wir die entsprechenden Änderungsanträge mit fundierten Erläuterungen noch stellen.

Damit Ihr Parlamentsmitglieder nicht die Katze im Sack kaufen müsst, gebe ich die Korrekturen summarisch bekannt. Vier Positionen **Änderungsanträge Nr. 3 - 6** sind zu ändern:

Nr. 3: Humanitäre Hilfe - Konto 102.365.20. Alt 0 Franken - neu 10'000 Franken

Nr. 4: Aktionen Energiekonzept - Konto 303.319.10. Alt 20'000 Franken - neu 35'000 Franken

Nr. 5: Deutschkurse, enthalten in Konto 603.319.10. Alt 0 Franken für Deutschkurse - neu 10'000 Franken für Deutschkurse für Ausländer

Der Budgetbetrag dieses Kontos ändert deshalb wie folgt: Alt 5'000 Franken - neu 15'000 Franken

Total Mehraufwand von diesen drei Abänderungen: Fr. 35'000.--.

Dieser Betrag kompensiert sich wie folgt:

Nr. 6: Saalbetrieb Tell/Militärkantine - Arbeitsleitungen durch Dritte Konto 366.318.34. Alt 80'000 Franken - neu 45'000 Franken

Die Plus- und Minusbeträge heben sich gegenseitig auf und das Budgetergebnis bleibt gleich.

Fazit: Stimmen wir dem Budget 2012 zu und sparen unsere Kräfte für die Erarbeitung des Budgets 2013. Weiter hoffen wir, dass den angekündigten Änderungsanträgen zugestimmt wird.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Über jeden Punkt in der Detailberatung wird separat abgestimmt, d. h. wir werden später über die vier Änderungsanträge einzeln abstimmen.

Ernst Hirsiger (SVP): Bestimmt ist niemand hier im Saal vom vorliegenden Voranschlag 2012 überrascht worden. Es ist das Resultat aus der Strategie der Gemeindeentwicklung, welche wir bis heute mehrheitlich nicht mitgetragen haben. Uns wird der dritte negative Voranschlag in Folge präsentiert. Die Mehrheit des Parlamentes hat gehofft, dass am Ende nicht alles so schlimm sein wird, wie in den Unterlagen der Vorjahre angekündigt worden ist. Die Warnungen der bürgerlichen Parteien wurden in den Wind geschlagen. In der Zwischenzeit hat sogar der Gemeinderat erkennen müssen, dass Sparmassnahmen notwendig sind. Er hat in dieser Richtung schon selber die Initiative ergriffen. Diesen Sachverhalt anerkennt die SVP-Fraktion.

Die bisher erzielten Erfolge genügen nicht, um das strukturelle Defizit des Finanzhaushaltes von 2,5 Mio. Franken auszumerzen. Die SVP-Fraktion müsste unter normalen Umständen (ohne Steuersatzerhöhungen) dem vorliegenden Budget 2012 mit einem Aufwandüberschuss

von ca. 2,7 Mio. Franken abweisen. Auch in den nächsten Jahren müssen wir mit Defiziten rechnen. Im letzten Jahr haben wir sowohl beim Budget wie beim Finanzplan die entsprechenden Änderungsanträge gestellt. Diese fanden im Parlament keine Mehrheit - das ist eben Politik.

In diesem Jahr werden wir keine Änderungsanträge stellen. Die Beschlüsse und Anträge wurden von den Finanzexperten am runden Tisch erarbeitet. Diese helfen wir mittragen. Sollten die Anträge des runden Tisches keine Mehrheit finden, stimmt die SVP-Fraktion dem Vorschlag 2012 nicht zu.

Renate Bolliger (EVP): Angela Merkel, die zurzeit als mächtigste Frau Europas bezeichnet wird, hat kürzlich im Fernseher dem Sinn nach folgendes gesagt: „Alle Länder der Eurozone dürfen nicht mehr ausgeben als sie einnehmen, die Länder müssen disziplinarisch mit ihren Finanzen umgehen.“ Sie hat dies in Bezug auf Griechenland gesagt, welches bekannterweise in einer grösseren Finanzkrise steckt als Ostermundigen. Wir hier in Ostermundigen sind zwar kein Land der Eurozone, aber für uns gilt im Prinzip das Gleiche.

Was mir zudem in der Berichterstattung über Griechenland sehr aufgefallen ist: Viele Politiker sorgten sich offenbar mehr um ihre Macht und um ihre Eigeninteressen als um das Wohl des Landes. Im Gegensatz dazu haben wir in Ostermundigen am runden Tisch versucht, uns aus den verschiedenen Lagern zusammen zu raufen und Lösungen zu suchen, um unsere Finanzlage aus der Schiefelage heraus ins Lot zu bringen - keine einfache Aufgabe!

Uns als EVP ist es wichtig, mit dem Gemeinderat und den verschiedenen Parteien zusammen Konsenslösungen zu finden. Nur wenn wir aufeinander zugehen und versuchen am gleichen Strick zu ziehen, werden wir schrittweise weiter kommen. Daher unterstützen wir einerseits die Sparbemühungen des Gemeinderates, die er bis jetzt unternommen hat. Dies ist der Anfang eines Weges, den Gürtel enger zu schnallen. Wir sind noch nicht am Ende dieser Bemühungen, diese müssen weitergehen. Daher stehen wir auch hinter den Anträgen des runden Tisches. Wir verstehen vor allem die Weiterführung des runden Tisches im neuen Jahr als gemeinsamen Prozess, zu schauen, wo weiteres Sparpotential liegen könnte. Wir müssen an den Punkt kommen, wo wir eben nicht mehr ausgeben als einnehmen.

Leider leiden wir zurzeit in Ostermundigen an den beiden Steuersenkungen, die uns der Kanton beschert hat. Auch die Wirtschafts- und Konjunkturlage schätzen wir als sehr unsicher ein. Die Entwicklung in den nächsten Jahren könnte alles andere als rosig sein. Daher sind wir als verantwortungsvolle Politiker aufgerufen, auch unpopuläre Sparmassnahmen einzuleiten. Ihr könnt mir sicher glauben, dass wir als EVP-Fraktion es gar nicht schätzen, dass auch im sozialen Bereich Kürzungen vorgenommen werden.

Wir werden seitens EVP-Fraktion keine weiteren Anträge machen. Zusammen mit den Anträgen des runden Tisches werden wir dem Budget 2012 zustimmen.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Wir unterstützen den Änderungsantrag Nr. 1 des runden Tisches, dass der Verlust um 0,5 Mio. Franken (von 2,7 auf neu 2,2 Mio.) reduziert wird. Wir sind der Ansicht, dass die zusätzlichen Einsparmöglichkeiten von einem halben Prozent bei einem Jahresbudget von über 94 Mio. Franken durchaus vorhanden sind. Wenn wir die tiefe Teuerung berechnen, liegt hier bereits eine schöne Summe an Einsparungen bereit. Die FDP-Fraktion ist nicht dafür bekannt, den Steuersatz erhöhen zu wollen. Am runden Tisch

haben wir aber kundgetan, dass wir die Steuererhöhung mit tragen werden. Sollte der Änderungsantrag keine Mehrheit finden, werden wir das Budget 2012 zurückweisen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Jedes Jahr wird über den Steuerfuss diskutiert und entschieden.

Walter Bruderer (FORUM): Wir unterstützen im Prinzip die Änderungsanträge von Rudolf Kehrlí (SP), zumal sie keine Mehrkosten verursachen. Zur Erinnerung: In den Legislaturzielen wurde aufgeführt: *Keine Steuererhöhungen sowie Senkung der Steuern nach den gegebenen Möglichkeiten.* Jetzt kennen wir die gegebenen Möglichkeiten. Wichtig ist auch - dies habe ich bereits an der letzten Budgetdebatte erwähnt - dass der Kanton sämtliche Kosten übernimmt. Wenn er die Aufgaben des Bundes eins zu eins übernimmt, so soll der Kanton dafür sorgen, dass die Kosten beim Bund eingefordert werden. Beispiel: Wenn Leute zu uns nach Ostermundigen kommen, die nicht integrationswillig sind, resp. aus Ländern kommen, die nicht Deutsch lernen wollen etc., so soll der Kanton beim Bund vorstellig werden. Der Bund hat die Kompetenzen zu sagen, wer in die Schweiz einreisen darf und wer nicht.

Bei den Legislaturzielen sollte sich der Gemeinderat mässigen. Jedes Ziel, das erreicht werden soll, ist mit entsprechendem finanziellem Aufwand verbunden. Es wäre nett, bereits bei den Legislaturzielen an das Sparen zu denken.

Erlaubt sei mir noch eine Bitte an den Gemeindepräsidenten: Die Regionalkonferenz-Gemeinden sollten sich solidarisch zusammentun und erwirken, dass der Kanton keine Steuersenkungen mehr beschliessen kann, welche sich auf die Gemeindefinanzen auswirken. Diese wichtige Aufgabe ist vom Gemeindepräsidenten als Mitglied der Regionalkonferenz wahrzunehmen.

Liliane Schärer (SP): Ich bin mir bewusst, dass die Gemeinde Ostermundigen Lösungen sucht, wo sie Geld sparen kann, um das Budgetdefizit zu vermindern. Unsere Fraktion hat sich diesem strengen Regime auch weitestgehend unterzogen und unterstützt die meisten Sparaufträge, wenn sie auch wehtun.

Es gibt aber auch Anträge, welche den Zielen, welche sich die Gemeinde in den letzten Jahren gesetzt hat, völlig widersprechen. Dazu gehört die Streichung unseres Beitrags an die Deutschkurse für Immigranten. Ich zitiere aus unserem Projekt ZIO: *"Arbeit und der Erwerb der hiesigen Sprache sollen als zentrale Faktoren der Integration gelten."* Die Deutschkurse werden pro Woche von über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht und bilden ein sehr niederschwelliges Angebot, das nicht gleichwertig ersetzt werden kann.

Die Kurse in Bern sind umfangreicher, für die Teilnehmenden umständlicher, teurer und schwieriger zu erfüllen. Samstagskurse, welche besonders von Müttern leichter besucht werden können, würden vollständig fehlen.

Schliesslich könnten die Gesamtkosten weiter gesenkt werden, wenn die Leute intensiver auf unser Angebot aufmerksam gemacht würden. Ich möchte sie deshalb bitten, den Betrag von Fr. 10'000.-- unter der Position 603.319.10 wieder im Budget einzusetzen.

Jacques Biner (SP): Ich möchte mich zum Vorschlag der 2,2 Mio. Franken des "runden Tisches" äussern: Die Aussagen von Eduard Rippstein (CVP) sind richtig, der runde Tisch ist ein Gremium, welches in der gegenwärtigen finanziellen Situation der Gemeinde helfen will. Das Gremium möchte das wo, wie und was von möglichen Einsparungen aufzeigen. Der GGR hat viele Entscheide getroffen, welche Einfluss auf die Finanzlage der Gemeinde haben.

Die Aussage von Renate Bolliger (EVP), dass mit dem runden Tisch Lösungen gesucht und gefunden werden sollen, ist ebenfalls richtig. Der Änderungsantrag Nr. 1 widerspricht den Ausführungen der beiden Votanten. Jetzt wird gefordert: *Der Gemeinderat muss 0,5 Mio. Franken einsparen.* Die Kartoffeln werden dem Gemeinderat zugeschoben. Wo er diese Einsparungen anbringen soll, wird dem Gemeinderat überlassen. Das widerspricht dem Auftrag des runden Tisches sowie dem Sachverhalt der noch einzusetzenden Begleitgruppe "Effizienzsteigerung".

Wenn im Jahre 2012 eine halbe Million eingespart werden soll, sind das nicht wie von Michael Werner (FDP) erwähnt 0,5 % von 94 Mio. Franken, sondern eine ganz andere Sichtweise muss beachtet werden. Der Sachaufwand beträgt 9 Mio. Franken und hier können diese Einsparungen getätigt werden. Eine halbe Million von 9,5 Mio. Franken ist nicht 0,5 %. Im Personalaufwand (20,5 Mio. Franken) könnte diese halbe Million ebenfalls eingespart werden. Die 0,5 Mio. Franken sind ungefähr fünf Arbeitsplätze, welche aufgehoben werden müssten. Um fünf Arbeitsplätze aufzuheben, Bedarf es keinem Pauschalaufttrag; eine Organisationsanpassung mit vielen Abklärungen müsste vorgenommen werden.

Der Wille für eine bessere Finanzlage ist vorhanden. Doch der Weg eines Pauschalaufttrages an den Gemeinderat ist nicht der Richtige. Ich finde es gut, dass die geforderte Begleitgruppe "Effizienzsteigerung" bestimmt wird. Sie hat jedoch erst auf das Budget 2013 Einfluss zu nehmen. Nichts desto trotz, hat der Gemeinderat dafür besorgt zu sein, im nächsten Jahr überall Einsparungen vorzunehmen. Die Früchte werden wir dann im Jahre 2013 ernten.

Eduard Rippstein (CVP): Sämtliche Parteivertretenden des runden Tisches haben sich die Einsparungen von 0,5 Mio. Franken gut überlegt. Es kann an verschiedenen Stellen gespart werden. Wir haben mit diversen Kommissionen gesprochen und Einsparmöglichkeiten wurden signalisiert. Wir wollen uns nicht mit Einzelbudgetpositionen zerfleischen. Die Teuerung 2012 entfällt und somit haben wir schon ein wenig Geld eingespart.

Auch bei den sogenannten Fixkosten können Einsparungen vorgenommen werden, indem eine nicht mehr notwendige Leistung gestrichen wird.

Bruno Grossniklaus (SP): Alle Parteien waren am runden Tisch vertreten. Ich habe noch eine Verständnisfrage: Der Finanzplan wurde mit dem Auftrag zurückgewiesen, dass das Eigenkapital im neuen Finanzplan Ende der Planungsperiode 2016 nicht unter 2 Mio. Franken fallen darf (ohne Steuererhöhung). Jetzt liegt uns ein Änderungsantrag zum Budget mit einer Steuererhöhung in der vorerwähnten Planungsperiode vor. Liegt hier nicht irgendwo ein Widerspruch vor?

Colette Nova (SP): Die überparteiliche Gruppe des runden Tisches hat sich kurz-, mittel- und langfristige Gedanken zum Thema Budget gemacht. Das Ziel eines Eigenkapitals in der Höhe

von mindestens einem Steuerzehntel im Jahre 2015 ist nur dann zu erreichen, wenn wir jetzt mit sparen beginnen. Aus diesem Grund der Änderungsantrag, bereits im Jahre 2012 eine halbe Million Franken einzusparen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Gruppe ist sich durchaus bewusst, dass es nicht einfach wird, Massnahmen von Effizienzsteigerungen und -einsparungen zu finden. Möglicherweise wird für die Massnahmeneinleitung ein wenig Zeit benötigt. Das Ziel ist es, die strukturellen Defizite zu bereinigen. Das Ziel kann nicht bereits im 2012 erreicht werden. Das Ziel, welches beim Traktandum "Finanzplan" gesetzt worden ist, kann mit relativ grosser Bestimmtheit erreicht werden. Ein weiteres Ziel ist es, gemeinsame und intelligente Massnahmen zur Effizienzverbesserungen zu finden. Ein gemeinsames Resultat soll ohne Widerspruch erreicht werden.

Ernst Hirsiger (SVP): Die Aussage von Jacques Biner (SP), 0,5 Mio. Franken einzusparen - gleich fünf Arbeitsplätze zu streichen - ist nicht richtig.

Vielleicht liegt doch ein Missverständnis vor. Die SVP-Fraktion sagt ja zu einer Steuererhöhung. Wir tragen eine Steuererhöhung zähneknirschend mit. Mit einer Sofortmassnahme soll das Budget 2012 um 0,5 Mio. Franken entlastet werden!

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Es gibt keine weiteren Voten und Änderungsanträge mehr. Ich möchte über den Stand der Änderungsanträge orientieren:

- Es liegen vier Änderungsanträge (Nr. 3 bis 6) von Rudolf Kehrli (SP) vor.
- Ausserdem liegt ein Antrag (Änderungsantrag Nr. 1) seitens des runden Tisches vor. Dazu sind noch die rechtlichen und inhaltlichen Meinungen des Gemeinderates wichtig.
- Des weitem liegt der Änderungsantrag Nr. 2 von Walter Bruderer (FORUM) vor, das Budget 2012 freiwillig den Stimmberechtigten zu unterbreiten. Dies ist nach Artikel 58 der Gemeindeordnung möglich.

Departementsvorsteherin Finanzen/Steuern Ursula Lüthy (Grüne): Vieles wurde in der Debatte bereits erwähnt. Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen:

Wir haben uns mit der Erklärung der vorliegenden finanziellen Situation der Gemeinde Ostermundigen sehr bemüht. Viele zusätzliche Sitzungsstunden wurden in die Vorlage investiert.

Durch die kantonale Steuergesetzrevision verlieren wir die Einnahmen eines Steuerzehntels. Uns fehlen nachhaltig zwei Millionen Franken an Steuererträgen pro Jahr. Ohne diesen Sachverhalt hätten wir eine angenehme Finanzsituation. Die Strukturschwäche in Ostermundigen ist bekannt. Unser Grundproblem liegt bei den bescheidenen Steuererträgen. Dies kurzfristig zu ändern, ist leider nicht möglich. Der runde Tisch ist eine gute Sache und soll konstruktiv weitergeführt werden.

Zu zwei einzelnen Punkten möchte ich folgendes erwähnen:

- Der grösste Teil der Ausgaben sind „gebunden Ausgaben“ (bis 95 %) und die Gemeinde hat keinen Einfluss darauf. Die Aussage von Walter Bruderer (FORUM), dass der Kanton die Kosten beim Bund einfordern soll, wird nur dann möglich, wenn du Walter dich als

Mitglied des Grossen Rates oder noch besser als Bundesrat wählen lässt. Dieser Sachverhalt kann von der Gemeinde Ostermundigen nicht beeinflusst werden. Viele Vorgaben von höheren Instanzen müssen ohne wenn und aber erfüllt werden.

- Die Aussage von Michael Werner (FDP) enttäuscht mich. Als Finanzfachmann sollte dir bekannt sein, dass der Handlungsspielraum zwischen 5 bis 10 Mio. Franken liegt, d. h. 0,5 Mio. Franken entsprechen rund 10 % von unserem Handlungsspielraum. Wir haben keinen Einfluss auf die Lehrerbesoldungen, die Abgaben an den öffentlichen Verkehr, auf die Sozialausgaben etc.. Diese Ausgaben werden alle vom Kanton auferlegt.

Der Handlungsspielraum ist sehr eng und die Kürzungen wurden bereits bis zur Schmerzgrenze vorgenommen.

Zu guter letzt möchte ich noch darauf hinweisen, dass wir vor wichtigen Entwicklungen der Gemeinde stehen. Ein Leistungsabbau scheint mittel- und langfristig wenig sinnvoll zu sein.

Ich möchte nochmals an das Parlament appellieren, dem Budget 2012 zuzustimmen. Zusätzliche Optimierungen sind anschliessend gemeinsam in die Wege zu leiten.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Es ist primär wichtig, dass wir alle vom Gleichen sprechen und wir wissen, was die Gegenpartei will. Ich möchte die Meinung von unserem juristischen Berater, Herrn Daniel Arn, bekannt geben. Er ist klar der Auffassung, dass wenn wir heute Abend dem Voranschlag 2012 zustimmen, wir keinen Gesamtertrag und keinen Gesamtaufwand, sondern zahlreiche verschiedene Kreditbeschlüsse gutheissen. Nach der Genehmigung des Voranschlages können die verschiedenen Verwaltungsabteilungen über die verschiedenen Konti resp. Kreditbeschlüsse verfügen. Wenn der Voranschlag 2012 gutgeheissen wird und der Saldo um 0,5 Mio. Franken weniger als ausgewiesen abschliessen soll, dann handelt es sich hier primär um einen Rechnungsfehler. Die einzelnen Kreditbeschlüsse ergeben das Gesamtergebnis. Aus diesem Grund ist es wichtig, festzuhalten was der Gemeinderat will und was das Parlament will.

Der GGR kann den Gemeinderat beauftragen, das Defizit auf 2,2 Mio. Franken zu senken. Dabei handelt es sich um einen Sparauftrag und dieser kann vom Gemeinderat entgegen genommen werden. Der vorliegende Voranschlag 2012 wird mit den ausgewiesenen Konti, Aufwendungen und Erträge genehmigt. Wenn alle sich bewusst sind, dass es sich bei den 0,5 Mio. Franken um einen Sparauftrag zuhanden des Gemeinderates handelt, so spricht nichts gegen die Überweisung dieses Sparauftrags. Wir müssen uns im Klaren sein, was publiziert wird und über was die Stimmberechtigten allenfalls abstimmen können (fakultatives Referendum).

Wenn der Voranschlag per 1.1.2012 revidiert werden soll, so ist ein Rückweisungsantrag notwendig. Der GGR muss kundtun, ob er einen Sparauftrag bis Ende 2012 will oder soll der Voranschlag 2012 angepasst werden? Der Gemeinderat ist klar gegen eine Rückweisung. Er ist der Auffassung, dass bereits unzählige Sparmassnahmen vorgenommen worden sind. Bereits konnten mit verschiedenen Massnahmen (Streichung der freiwilligen Leistungen) über 1 Mio. Franken gegenüber dem ersten Entwurf vorgenommen werden. Auch beim Sach- und Personalaufwand wurden Kürzungen vorgenommen. Der Gemeinderat sieht nicht, wie er innerhalb von Monatsfrist zusätzlich 0,5 Mio. Franken einsparen kann. Da sind schon Sparvorschläge seitens des Parlamentes notwendig.

Colette Nova (SP): Wir waren uns dieser Schwierigkeiten durchaus bewusst. Es wäre von Vorteil gewesen, das Budget 2012 bereits früher dem Parlament vorzustellen und das Budget hätte in zwei Lesungen bearbeitet werden können. Dies ist jetzt nicht der Fall und wir haben nach einem anderen Weg gesucht. Auf diesem haben wir zwei Möglichkeiten angetroffen:

- An verschiedenen Konti können Korrekturen vorgenommen werden, bis das gewünschte Resultat stimmt. Das ist für das Parlament eine relativ schwierige Übung.
- Wir haben uns deshalb für eine klare Kompetenzdelegation an den Gemeinderat entschieden. Ich zitiere nochmals den Wortlaut: *Der Gemeinderat wird beauftragt, die gegenüber seinem Entwurf notwendigen Kürzungen und Streichungen beim Aufwand vorzunehmen, damit der Aufwandüberschuss 2,2 Mio. Franken nicht übersteigt.*

Das was wir als Parlamentsmitglieder heute Abend nicht schaffen, wird an den Gemeinderat delegiert. Er erhält den Auftrag, den Voranschlag nochmals zu überarbeiten und die Kürzungen von 0,5 Mio. Franken anzubringen. Hier handelt es sich also um eine Kompetenzdelegation zuhanden des Gemeinderates. Wir nehmen auch Streichungen resp. Kürzungen in Kauf, die von der Bevölkerung nicht mit Beifall bemessen wird.

Eduard Rippstein (CVP): Auch ich habe mit dem juristischen Berater, Herrn Daniel Arn, diskutiert. Wir sind uns nicht einig geworden. Da wir zwei nicht von derselben Basis aus starten. Wir gehen von einer generellen Kürzung über das gesamte Budget 2012 aus. Der Gemeinderat gibt den Abteilungen das Geld zur Ausgabe frei und nicht das Parlament. Der Gemeinderat delegiert das Budget an die Abteilungsleitungen und aus diesem Grund ist unser an den Gemeinderat delegierten Sparvorschlag machbar.

Departementsvorsteherin Tiefbau Regula Unteregger Schütz (SP): Wir sprechen heute Abend über das Budget 2012. Wir müssen das weitere Vorgehen sehr ernsthaft in Betracht ziehen. Die Botschaft resp. der Wille des runden Tisches ist beim Gemeinderat angekommen. Der Gemeinderat wird beauftragt, weitere Kürzungen zu prüfen und diese dem GGR vorzustellen. Was rechtlich nicht funktioniert ist, dass das Parlament dem Gemeinderat ein Sparauftrag erteilt und gleichzeitig den Saldo des Budgets vorschreibt.

Das Budget kann mit dem vorliegenden Aufwandüberschuss vom Parlament verabschiedet werden. Zusätzlich kann der Auftrag an den Gemeinderat erteilt werden, eine halbe Million einzusparen. Wenn der Aufwandüberschuss auf 2,2 Mio. Franken gekürzt wird, dann muss das Parlament klar festlegen, wo diese 0,5 Mio. Franken einzusparen sind. Diese rechtlichen Möglichkeiten stehen dem Parlament zu.

Eduard Rippstein (CVP) hat erwähnt, dass der runde Tisch ein Gremium ist, wo jeder einmal Recht hat. Es kann aber durchaus auch einmal sein, dass der Gemeinderat Recht hat.

Colette Nova (SP): Ich stellen den Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch.

A b s t i m m u n g :

Der Ordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

----- 10 minütiger Sitzungsunterbruch -----

⁵⁾

⁵⁾ 19.50 Uhr: Sandra Löhner (CVP) verlässt um 19.50 Uhr die Sitzung. Es sind noch 32 Ratsmitglieder anwesend.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte die rechtliche Beurteilung aus der Sicht des Ratsbüros bekannt geben. Vorbehältlich, dass nicht noch andere Änderungsanträge eintreffen, sehen wir das Abstimmungsprozedere wie folgt vor:

1. Zuerst stimmen wir über die Änderungsanträge Nr. 3 bis 6 von Rudolf Kehrli (SP) ab.
2. Anschliessend über den Beschlussesentwurf resp. Änderungsantrag Nr. 1 von Eduard Rippstein (CVP) im Auftrag des runden Tisches.
3. Am Schluss über den Änderungsantrag Nr. 2 von Walter Bruderer (FORUM) betreffend Budget 2012 freiwillig zur Volksabstimmung vorlegen.

Wenn das Parlament will, dass das Budget 2012 definitiv mit einem Aufwandüberschuss von 2,2 Mio. Franken überwiesen werden soll, so ist ein Rückweisungsantrag zu stellen. Alle vorangehenden Änderungsanträge würden dann hinfällig.

Eduard Rippstein (CVP): Wir haben die Ausgangslage ernsthaft diskutiert. Wir lassen es darauf ankommen und stehen hinter der vorliegenden Fassung des Änderungsantrages Nr. 1. Wir nehmen keine Änderungen am Text vor. Wir haben frühere Akten studiert und sind bereits zu Zeiten Küntis mit einem solchen Vorgehen erfolgreich gewesen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Wir stimmen über die **Änderungsanträge Nr. 3 bis 6** von Rudolf Kehrli (SP) ab. Ich zitiere nochmals deren Wortlaut:

Seite 7 - Änderungsantrag Nr. 3: Humanitäre Hilfe - Konto 102.365.20. Alt 0 Franken - neu 10'000 Franken

Seite 15 - Änderungsantrag Nr. 4: Aktionen Energiekonzept - Konto 303.319.10. Alt 20'000 Franken - neu 35'000 Franken

Seite 27 - Änderungsantrag Nr. 5: Deutschkurse, enthalten in Konto 603.319.10. Alt 0 Franken für Deutschkurse - neu 10'000 Franken für Deutschkurse für Ausländer

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 3 - Humanitäre Hilfe - wird mit 11 zu 6 Stimmen angenommen.

Der Änderungsantrag Nr. 4 - Aktionen Energiekonzept - wird mit 13 zu 10 Stimmen angenommen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Beim Änderungsantrag Nr. 5 muss ich eine Präzisierung anbringen: Beim Konto 603.319.10 - übrige Aktivitäten (Ausländerkommission) sind Fr. 5'000.- eingesetzt. Dabei handelt es sich nicht um die Sprachkurse. Es geht hier um eine Erhöhung des Budgetpostens um Fr. 10'000.-- (Deutschkurse für Ausländer) auf neu total Fr. 15'000.--.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Ich bin erstaunt über die Aussagen von Colette Nova (SP). Verbunden mit dem Sparauftrag werden Kürzungen in Kauf genommen, auch wenn es Sachen betrifft, die wehtun können. Es erstaunt mich, dass nach diesem Votum die Deutschkurse wieder ins Budget aufgenommen werden sollen. An dieser Stelle möchte ich mitteilen, dass der Gemeinderat hinter der Integration steht; wir wollen eine gute Integration unter Einbezug der ausländischen Bevölkerung.

Der Gemeinderat führte die Diskussion zum Sparauftrag nach dem Motto: Wo können Alternativen gefunden werden? Wo können alte Zöpfe abgebaut werden und wo können bestehende Leistungen durch bessere Angebote ersetzt werden? Was kann effizienter resp. besser ausgelastet erbracht werden?

Der vorgesehene Budgetbetrag von Fr. 5'000.-- ist eine Defizitgarantie an die Deutschkurse, da diese nicht immer voll ausgelastet sind. Im Integrations- und Sprachkursbereich ist in letzter Zeit sehr viel passiert. In der näheren Umgebung und selbst in der Stadt Bern werden diverse Kurse angeboten. Eine Zusammenarbeit wurde geprüft. Die ISA stellt ein gutes Angebot, mit mehr Leistungen für die ausländische Bevölkerung, zu einem billigeren Preis zur Verfügung. Hätte der Gemeinderat hier nicht zugreifen sollen?

Zu den gleichen Kosten für die Teilnehmenden - aber ohne Kostenfolge für die Gemeinde - werden Sprachkurse angeboten. Es stehen verschiedene Sprachstufen und verschiedene Tempi zur Verfügung. Auch ein Kinderhütendienst wird angeboten. Also ein umfassendes Angebot zu einem besseren Preis-/Leistungsverhältnis als heute. In der heutigen finanziellen Situation der Gemeinde Ostermundigen musste das Angebot ergriffen werden. Und aus diesem Grund wurde der Posten im Budget 2012 gestrichen.

Ich möchte dem Parlament beliebt machen, dieser Streichung zuzustimmen.

Christian Zeyer (SP): Die Geschichte ist tatsächlich ein wenig unübersichtlich. Es betrifft hier nicht nur die Sprachkurse. Parallel werden auch Übersetzungsdienste angeboten und diese müssen auch weiterhin angeboten werden. Ein individualisiertes Angebot inkl. gratis Schreibdienst soll aufrecht erhalten bleiben.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Für uns ist klar, dass der Schreibdienst von den Kürzungen nicht betroffen ist und aufrecht erhalten bleibt. Wir sprechen nur von den Sprachkursen. Wenn der Gemeinderat die Kürzungen vornimmt, dann kürzt er die Sprachkurse infolge des alternativen Angebotes. Über den Schreibdienst können wir, wenn dieser abgeschafft werden soll, separate Verhandlungen führen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Besten Dank für die Erläuterungen. Wir stimmen jetzt über den Änderungsantrag Nr. 5 von Rudolf Kehrli (SP) ab.

Seite 27 - Änderungsantrag Nr. 5: Deutschkurse, enthalten in Konto 603.319.10. Alt 0 Franken für Deutschkurse - neu 10'000 Franken für Deutschkurse für Ausländer

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 5 - Deutschkurse für Ausländer - wird mit 8 zu 7 Stimmen angenommen.

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Der Betrieb des KBF TELL wurde ausgelagert. Die Änderungen werden demnächst vorgenommen. Eine Reduktion von Fr. 80'000.-- auf Fr. 50'000.-- ist möglich. Ich bitte den Antragssteller, eine entsprechende Korrektur zu berücksichtigen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich stelle dem Antragssteller die Frage, ob er für das Konto 366.318.34 (Dienstleistungen Dritter) einer Kürzung auf Fr. 50'000.-- (anstelle von Fr. 45'000.--) zustimmen kann.

Rudolf Kehrli (SP): Der Änderungsantrag Nr. 6 nimmt auf die Kürzungen der vorgehenden Positionen Rücksicht. Bei einer Änderung stimmt das Totalergebnis des Voranschlags 2012 nicht mehr und es gibt eine Differenz um Fr. 5'000.--. Das gibt mehr Probleme und Kosten. Ich halte an meinem Änderungsantrag Nr. 6 fest.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Wir stimmen über den Änderungsantrag Nr. 6 von Rudolf Kehrli (SP) ab. Dieser lautet:

Seite 19 - Nr. 6: Saalbetrieb Tell/Militärkantine - Arbeitsleitungen durch Dritte Konto 366.318.34. Alt 80'000 Franken - neu 45'000 Franken

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 6 - Saalbetrieb Tell/Militärkantine - wird mit 17 zu 0 Stimmen angenommen.

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Ich persönlich finde das feilschen an verschiedenen Budgetpositionen schwach. Wir wollen dem Gemeinderat einen Gesamtauftrag erteilen und nicht über einzelne Zehntausendfranken diskutieren. Wir sind nicht ganz konsequent und aus diesem Grund werde ich mich der Stimme enthalten.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich habe noch eine formelle Frage an Eduard Rippstein (CVP). Im Änderungsantrag Nr. 1 wird unter dem Buchstaben c) ein Aufwandüberschuss von 2,2 Mio. Franken ausgewiesen. Die Reduktion soll beim Gesamtaufwand angebracht werden, d. h. bei einem Gesamtertrag von Fr. 91'054'570.-- (siehe Seite 1 des Voranschlags 2012) plus Fr. 2'200'000.-- ergibt ein Gesamtaufwand von Fr. 93'254'570.--. Im Wortlaut zum Änderungsantrag sind andere Zahlen aufgeführt worden.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Der Gesamtaufwand und Gesamtertrag sollen Franken genau in den Beschluss aufgenommen werden.

Mir geht es nicht um den Überschuss als vielmehr um die Veränderungen von Budget zur Rechnung. Auch in der Rechnung 2010 hat der Gesamtaufwand um 2,9 Mio. Franken gegenüber dem Budget zugenommen. Der Gesamtertrag hat gegenüber dem Budget um 2 Mio. Franken zugenommen. Aus diesem Grund musste in der Rechnung ein grösseres Defizit als im Budget ausgewiesen werden.

Es ist völlig normal, dass der Gesamtaufwand und der Gesamtertrag des Budgets in der Rechnung differieren. Aus diesem Grund kann heute der Gesamtaufwand und der Gesamtertrag des Budgets 2012 nicht auf den Franken genau beziffert werden. Ein solcher Beschluss ist nicht wirksam.

Es gibt Konti, welche nicht budgetiert werden können (z. B. Mehrwertabschöpfungen). Das sind Einnahmen und gleichzeitig auch Ausgaben in die Spezialfinanzierung. In dieser Situation haben wir sowohl mehr Einnahmen als auch mehr Ausgaben. Das Gesamttotal steigt automatisch an.

Beschlüsse des Parlamentes, welche nicht rechtskräftig resp. gültig sind, bleiben obsolet. Der Wille des Parlamentes, zusätzliche Einsparungen vorzunehmen, ist dem Gemeinderat bekannt.

Colette Nova (SP): Wir wollen keine frankengenaue Angaben - dieser Sachverhalt ist uns völlig klar. Es sind nicht sämtliche Details voraus bestimmbar; dessen sind wir uns bewusst. Die Beträge wurden im Änderungsantrag Nr. 1 aufgeführt und die drei Zahlen Aufwand/Ertrag/Total sollen in den Beschluss einfließen. Wenn im Änderungsantrag beispielsweise nur der Gesamtaufwand beziffert wurde, dann wäre dies rechtlich bestimmt nicht in Ordnung gewesen. Unser Antrag entspricht den Möglichkeiten im eidgenössischen Parlament. Wenn die Eidgenossenschaft diese Methode anwendet, so kann diese bestimmt nicht falsch sein. Strittig ist der letzte Satz: Dieser beinhaltet kein Prüfungsantrag, sondern einen klaren Auftrag an den Gemeinderat, das Budget 2012 nochmals zu überarbeiten und anschliessend mit den korrigierten Zahlen den Abteilungsleitenden abzugeben.

Walter Bruderer (FORUM): Ich bin zur Überzeugung gekommen, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, im Budget 2012 zusätzlich 0,5 Mio. Franken einzusparen. Ich verstehe die verschiedenen Ansichten, doch es macht wenig Sinn, für dieses Anliegen ein "grosses Büro" zu eröffnen.

Die beiden Antragssteller und langjährigen GGR-Mitglieder Kehrli und Rippstein hätten ihre Änderungsanträge inkl. Begründung vorgängig verteilen müssen. Das hätte die Debatte vereinfacht. Zumindest den Teilnehmenden des runden Tisches hätten die ergänzenden Anträge vorgängig zugestellt werden müssen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Rechtlich hat Walter Bruderer (FORUM) nun einen weiteren Änderungsantrag eingereicht. Der Änderungsantrag Nr. 7 lautete:

Der Gemeinderat wird beauftragt, zusätzliche Fr. 500'000 einzusparen.

Ich stelle die beiden Änderungsanträge Nr. 1 (Eduard Rippstein resp. runden Tisch)

Der Voranschlag für das Jahr 2012 wird mit folgender Änderung genehmigt. Er schliesst ab mit

a) einem Gesamtaufwand von Fr. 93'254'540.--

b) einem Gesamtertrag von Fr. 91'054'540.-- und

c) einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'200'000.--.

Der Gemeinderat wird beauftragt, die gegenüber seinem Entwurf notwendigen Kürzungen und Streichungen beim Aufwand vorzunehmen, damit der Aufwandüberschuss 2,2 Mio. Franken nicht übersteigt.

und der Änderungsantrag Nr. 7 (Walter Bruderer) zur Abstimmung gegenüber.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 7 von Walter Bruderer (FORUM) obsiegt mit 20 zu 8 Stimmen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Diese Klippe wurde elegant umschifft. Der Änderungsantrag Nr. 7 wird als zusätzliche Beschlusseziffer aufgenommen und zuhanden der Schlussabstimmung aufgeführt.

Es liegt noch ein weiterer Änderungsantrag Nr. 2 (Artikel 58 Gemeindeordnung) von Walter Bruderer vor; dieser lautet wie folgt:

Das Budget 2012 ist freiwillig den Stimmberechtigten zu unterbreiten.

Christian Zeyer (SP): Das fakultative Referendum kann beim Budget in jedem Fall ergriffen werden. Walter Bruderer kann die notwendigen Stimmen sammeln und das Geschäft zur Volksabstimmung bringen. Ansonsten sehe ich nicht ein, dass wir mit einer freiwilligen Volksabstimmung unnötige Gelder verschwenden sollten. Es wäre naheliegend, wenn du diesen Änderungsantrag zurückziehen würdest.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Wenn das Parlament hinter dem Budgetentwurf steht, dann soll es auch die Verantwortung wahrnehmen. Als dann muss nicht noch zuerst das Volk angefragt werden. Wenn eine Mehrheit dagegen ist, ist die Vorlage abgelehnt und dieser Umstand bedingt auch keine Volksbefragung mehr. Es ist richtig, dass eine Mehrheit den Voranschlag 2012 unterstützt und dieser in Kraft gesetzt werden kann.

Walter Bruderer (FORUM): Ich habe bereits erwähnt, dass wir das Budget ablehnen werden. Das Volk soll sagen, ob es bereit ist, mehr Steuern zu bezahlen und gleichzeitig einen Dienst-

leistungsabbau entgegen zu nehmen. Die Haltung des Parlamentes kenne ich, doch ich weiss nicht, wie das Volk entscheidet.

Colette Nova (SP): Ich weiss nicht genau, wieviel ein Urnengang kostet. Doch der ganze Aufwand von der Erstellung der Abstimmungsunterlagen bis zum Versand beträgt rund Fr. 20'000.--. Unsere Sparanstrengungen würden mit einem solchen Vorgang bereits wieder mit Füssen getreten. Wenn das fakultative Referendum ergriffen wird, dann wird eine Volksabstimmung unumgänglich sein. Jetzt können wir auf die Mehrkosten verzichten.

Eduard Rippstein (CVP): Auf eine Volksabstimmung ist zu verzichten. Am runden Tisch haben wir erreicht, dass das Budget nicht abgelehnt wird. Eine Ablehnung hätte die Verwaltung anfangs Jahr mit Zahlungen in Verzug gebracht. Eine Volksabstimmung könnte erst frühestens im März vorgenommen werden und bis dann ist die Gemeinde Ostermundigen zahlungsunfähig. Deshalb darf eine Volksabstimmung nicht in Erwägung gezogen werden.

Heinz Gfeller (FDP): Ich möchte mich dem Vorredner anschliessen. Wo wollen wir eigentlich die Prioritäten setzen? Wollen wir versuchen, die Detailfragen zu klären und wo sind die Grundsatzfragen zu klären. Sorry, jetzt sind weder das Parlament noch der Gemeinderat fähig, dem Volk etwas sinnvolles vorzulegen.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich möchte über die noch offenen Änderungsanträge abstimmen lassen. Zuerst ist über den Änderungsantrag Nr. 2 von Walter Bruderer (FORUM) zu entscheiden. Dieser lautet:

Das Budget 2012 ist freiwillig den Stimmberechtigten zu unterbreiten.

A b s t i m m u n g :

Der Änderungsantrag Nr. 2 wird mit 25 zu 4 Stimmen abgelehnt.

Somit haben wir die Schlussabstimmung über den Beschlussesentwurf vorzunehmen. Ich bitte alle Anwesenden, die gemeinderätliche Botschaft auf Seite 3 aufzuschlagen - dort ist der gemeinderätliche Antrag in ursprünglicher Form festgehalten. Die Beschlussesziffern Nr. 1 bis 3 bleiben unverändert.

Neu ist die Beschlussesziffer Nr. 4 - *Der Gemeinderat wird beauftragt, 0,5 Mio. Franken einzusparen.*

Des weitern sind die Beschlussesziffern Nr. 5, 6 und 7 neu hinzugekommen:

5. *Das überparteiliche Postulat betreffend Herabsetzung der Verfügungskompetenzen des Gemeindepersonals gemäss Artikel 84 Verordnung über die Organisation der Gemeindeverwaltung (OrgVO)*

6. *Das überparteiliche Postulat betreffend Einführung eines Inkassomanagements und Finanzcontrollings*
7. *Das überparteiliche Postulat betreffend Einsetzung einer Spezialkommission „Effizienzverbesserung“*

Die ursprüngliche Beschlusseziffer Nr. 5 wird neu zur Beschlusseziffer Nr. 8 die da lautet:

Die Beschlusseziffern Nr. 1 bis 3 unterliegen dem fakultativen Referendum.

Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst mit 25 zu 5 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2012 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Gewinn Vermögen, Kapital und Grundstücksgewinn) das 1,69-fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
für die Liegenschaftssteuer 1,5 ‰ des amtlichen Wertes;
 - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4 % des Staatssteuerbetrages, höchstens Fr. 200.--;
 - für die Hundetaxe Fr. 100.-- pro Tier; Blinden- und Polizeihunde sind von der Taxe befreit.
2. Die Globalbudgets der Produktgruppen: „Selbstgenutzte Liegenschaften“, „Polizeiwesen“ und „Soziale Integration von Kindern und Jugendlichen“ werden genehmigt.
3. Der Voranschlag für das Jahr 2012, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 2'735'210.--, wird genehmigt.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, 0,5 Mio. Franken einzusparen.
5. Das überparteiliche Postulat betreffend Herabsetzung der Verfügungskompetenzen des Gemeindepersonals gemäss Artikel 84 Verordnung über die Organisation der Gemeindeverwaltung (OrgVO) wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.
6. Das überparteiliche Postulat betreffend Einführung eines Inkassomanagements und Finanzcontrollings wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.
7. Das überparteiliche Postulat betreffend Einsetzung einer Spezialkommission „Effizienzverbesserung“ wird erheblich erklärt und zur Weiterbehandlung an den Gemeinderat überwiesen.
8. Die Beschlusseziffern Nr. 1 bis 3 unterliegen dem fakultativen Referendum.

Persönliche Erklärung

Lucia Müller (SVP): Ich habe mich dem Budget 2012 enthalten. Begründung: Die Streichung der Vereinsbeiträge kann ich nicht unterstützen. Vielen Vereinen wird mit diesem Vorgang das Brot zum Überleben entzogen.

10.3.74 Interpellationen
50.8.71 Rollender Verkehr

67. Interpellation FORUM-Fraktion betreffend Verkehrsfolgen am Dennigkofenweg; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Die schriftliche Begründung des Gemeinderats wurde vorgängig allen zugestellt. Ist der Interpellant mit der Begründung zufrieden?

Thomas Bendoza (FORUM): Ich möchte noch einige Bemerkungen zu den gemeinderätlichen Antworten anbringen:

1. Der Dennigkofenweg wird immer wieder vom Lastwagenverkehr als Durchgangsweg missbraucht. Wie hoch die Verkehrsfrequenz ist, wurde durch den Gemeinderat nicht beantwortet. Der erwähnte Radstreifen ist lediglich im Bereich Schulhaus aufgemalt.
2. Der Dennigkofenweg ist nie als Durchgangsstrasse geplant gewesen.

Die Beantwortung wurde wenig seriös vorgenommen. Wir hoffen, dass sich auf dem Dennigkofenweg kein schwerer Unfall ereignen wird. Ansonsten haben wir darauf hingewiesen.

30..4.61 Restaurant TELL
30.0.52 Energiekonzept

68. Orientierung des Gemeinderates

a) Brasserie TELL; weiteres Vorgehen

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Einmal mehr - muss ich leider festhalten - erweist sich unsere Liegenschaft „Tell“ als Problemfall und Ärgernis. Für unsere Bevölkerung und den Gemeinderat überraschend hat die Pächterschaft im November für das Restaurant Betriebsferien vollzogen. Dies ist an sich zulässig, im Prinzip aber wenig verständlich. Zumal gerade während diesem Zeitraum bekanntlich diverse Lottoanlässe von unseren Dorfvereinen im Tellaal stattfinden. Und dies kann für den Restaurantbetrieb mit Sicherheit kein Nachteil sein. Im Gegenteil: Es ist allseits bekannt, dass viele Besucher von diesen Lottoanlässen - ob vorgehend, zwischenzeitlich oder vor der Heimkehr - sich vielfach noch im Restaurant Tell einfinden. Soweit vorweg meine Randbemerkung zu diesen erfolgten Betriebsferien.

Seit diesen Betriebsferien ist das Restaurant Tell weiterhin zu. Die Pächterschaft begründet dies durch ungenügenden Geschäftsgang. Moniert werden dabei vor allem schlechte Bewirtschaftungen von den vorausgegangenen Pächterschaften. Was sich als rufschädigend präsentiert und damit keine existentielle Basis offenbare. Ausserdem sei die aktuell laufende Testplanung für das Areal Tell - vorgesehen ist eine komplette Neuüberbauung mit Beibehaltung von einer Saalnutzung für unsere Dorfvereine - schwerwiegend negativ für eine relevante Zukunftsplanung.

Und nun zu den vertraglich massgebenden Sachverhalten:

Für den Restaurantbetrieb liegt ein befristeter Pachtvertrag in allen Rechten und Pflichten mit der Firma Smutje GmbH vor. Zurzeit obliegen säumige Pachtzinse. Im Weiteren obliegen vertraglich vorliegende aber nicht erfüllte Sachverhalte. Nämlich zum Beispiel zwingend vorgegebene Öffnungszeiten. Mit diesen Angelegenheiten befasst sich nun unser Rechtsdienst, dementsprechende Aktivitäten sind angesagt.

Für den Saalbetrieb besteht - aus welchen Gründen auch immer - ein gesonderter Vertrag mit der Pächterin vom Restaurant Tell in deren Eigenschaft als Privatperson.

In Anbetracht von den vorerwähnten Sachverhalten bzw. Kriterien hat der Gemeinderat diesen Vertrag nun fristgerecht per Ende März 2012 gekündigt. Dies quasi unter dem Aspekt von einer Schadensbegrenzung. Aber auch insbesondere aus der Absicht, dass die Nutzungsmöglichkeiten vom Saalbetrieb für unsere Dorfvereine in jedem Falle weiterhin sichergestellt werden können. Die entsprechenden Massnahmen dazu sind bereits vollumfassend eingeleitet.

Damit wird klar, dass unserem Sorgenkind „Tell“ nun endlich lösungsorientiert und wirksam begegnet werden muss. Mit der vorerwähnten Testplanung wird dazu der richtige Weg beschritten. Inwiefern für die dabei quasi noch verbleibenden zwei Jahre auf eine Wiedereröffnung vom Restaurant gehofft werden kann, lässt der Gemeinderat offen. Es versteht sich aber von selbst, dass auch in dieser Richtung nur bestmögliche Varianten in Frage kommen und in diesem Zusammenhang primär Schadensbegrenzungsmassnahmen im Vordergrund stehen.

b) Klimarappen; ein Preis für Gebäudesanierungen

Auf unsere Pressemitteilung in dieser Angelegenheit haben die Medien nur bescheiden - das heisst nur mit einer kleinen ca. 4-spaltigen Annonce - informiert. Der Gemeinderat sieht sich darum veranlasst, hier etwas umfassender zu orientieren. Zumal dieser Preis eine einmalige Auszeichnung für unsere Gemeinde darstellt.

Ostermundigen hat sich am 2. November 2011 die einzigartige Auszeichnung als „Erfolgreichste Schweizergemeinde beim Gebäudeprogramm Stiftung Klimarappen“ geholt. Damit würdigt die Stiftung Klimarappen nach Abschluss vom fast 4-jährigen Gebäudeprogramm diejenigen Gemeinden, die gemessen an der Gesamtanzahl von Wohnbauten am meisten energetische Gebäudesanierungen mit Klimarappen-Fördergeldern umgesetzt haben. Wir freuen uns natürlich über diese Auszeichnung. Zumal sich dies auch als Lohn für unsere diesbezüglich projektinvestierten Bemühungen präsentiert. Verdient haben sich dieses Prädikat aber effektiv die mitverbundenen 38 Hauseigentümerschaften, die ihre Gebäude in diesem Sinne und im Rahmen von diesem Programm saniert haben.

Diese Hauseigentümerschaften haben dabei rund 8 Mio. Franken für eine Energieeffizienz von ihren Liegenschaften investiert. Und dabei rund 1,2 Mio. Franken an Fördergeldern - dies sind rund 15 % der Investitionen - generiert. Für dieses Geld sind ca. 32'000 Quadratmeter an Bauflächen energetisch sehr gut saniert worden, davon ca. 14'000 Quadratmeter an Aussenflächen. Damit werden pro Jahr ca. 1,7 Mio. Kilowattstunden an Energie eingespart. Oder anders ausgedrückt ca. 170'000 Liter Heizöl weniger verbrannt. Die Kosteneffekte wie auch die mitverbundenen Umweltentlastungen offenbaren sich damit als nachhaltig. Und es dürfte damit unbestritten sein: Dies macht wirklich Sinn.

Die energetische Sanierungsrate bemisst sich in unserem Land auf durchschnittlich zwischen 1 bis 2 %. Für Ostermundigen aber gegenwärtig zu 3 %. Folglich präsentiert sich diese Auszeichnung klar als verdienter Lohn zu unseren diesbezüglich vorausgegangenen, projektorientierten Bemühungen wie auch vollzogenen Investitionen.

Im Baureglement von Ostermundigen gilt für Bauten vor 1995 keine Ausnutzungsziffer mehr. Dies bedeutet, dass Gebäudesanierungen - verbunden mit verbesserter Nutzung von räumlichen Umbauten - förderativ möglich sind. Sowohl vom Grundsatz her wie eben auch energetisch mitverbunden. Unsere Gemeinde geht diesbezüglich als Vorbild voran. Und saniert ihre eigenen Liegenschaften schrittweise - soweit überhaupt möglich - energetisch nachhaltig und mustergültig. Und dies empfehlen wir auch unserer Einwohnerschaft.

Ausserdem betreiben wir seit bald 20 Jahren eine aktive Energiepolitik. Seit mittlerweile 13 Jahren sind wir als Energiestadt zertifiziert. Folglich macht es Sinn, solchen Unterfangen auch weiterhin wirksam zu begegnen. Nicht zuletzt aus Imagegründen für unsere Gemeinde. Die Abteilung Hochbau - als dabei aktuell massgebende Anlaufstelle für unsere Bevölkerung - steht dabei diesbezüglich gerne beratend zur Verfügung.

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Im Namen von allen Beteiligten möchte ich dir Peter Wegmann und der Abteilung Hochbau zu diesem Preis herzlich gratulieren. Dieser Preis fördert bestimmt das Image der Gemeinde Ostermundigen.

Persönliche Erklärung

Rahel Wagner (EVP): Auf Seite 10 der Botschaft zum Budget 2012 werden die Zahlen zum Restaurant Tell erläutert. Dies nehme ich zum Anlass, einige Bemerkungen und Fragen dazu aufzuwerfen:

Das Parlament und auch die Bevölkerung von Ostermundigen mussten zur Kenntnis nehmen, dass das Restaurant Tell nach den sogenannten Betriebsferien der Pächterin Smutje GmbH nicht wieder eröffnet werden konnte. Im Bund war die folgende Aussage der Pächterin zu lesen: „Der Tell hat uns ruiniert.“

Zu den Geschehnissen kann ich nicht einfach schweigen. Denn diese haben die Gemeinde viel Geld gekostet, was sie hätte vermeiden können. Im Parlament haben wir vehement versucht, den Gemeinderat von unbedachten Schritten abzubringen und den Vertrag mit der Restaurant Tell AG nochmals zu verlängern. Leider kam es anders. Die Gemeinde hat die Pacht an die Smutje GmbH übertragen und für die Instandstellung des Restaurants Fr. 114'680.-- investiert (siehe GPK-Protokoll Seite 129).

Gemäss Auskunft des Hochbauamtes konnte der Mietzins von der neuen Pächterin seit April 2011 nicht mehr bezahlt werden. Für die Gemeinde resultiert aus dem unbedachten Entscheid für einen Pächterwechsel ein riesiges Fiasko. Es gibt nichts als nur Verlierer in diesem Drama.

Nun musste ich auf meine Fragen zum Restaurant Tell auch noch erfahren, dass die Gemeinde alles unternehme, damit die Kosten zurückerstattet werden. Aus der Antwort ist nicht genau ersichtlich, ob nur die Kosten zulasten der Restaurant Tell AG von Fr. 31'609.30 zurückgefordert werden, oder auch diejenigen der Instandsetzungsarbeiten aufgrund des Pächterwechsels, d. h. von der Smutje GmbH.

Departementsvorsteher Hochbau Peter Wegmann (FDP): Die beiden Pachtdossiers "Pulver Gottfried" und "Smutje GmbH" wurden einem Rechtsanwalt zur Beurteilung übergeben. Die ganze Angelegenheit ist alles andere als erfreulich. Die Art und Weise wie Frau Stuber sich zur Situation äusserte, ist unakzeptabel resp. unter der Gürtellinie! Der Gemeinderat hat gegenüber Frau Stuber alles unternommen, um hier einen guten Restaurationsbetrieb führen zu können.

Rahel Wagner (EVP): Die Abteilung Hochbau muss sich hier die Frage gefallen lassen, mit welchem Recht sie noch Fr. 31'600.-- von der Restaurant Tell AG einfordern will, wenn man folgende Tatsachen kennt:

- Die Restaurant Tell AG hat das geschlossene und verwaarloste Restaurant mit der Überzeugung nochmals zum Leben erweckt, dass hier noch etwas herauszuholen ist. Die Pächterin erhielt einen 3-Jahresvertrag mit der Auflage, dass die Gemeinde keinen Rapen beisteuern würde an Unterhaltskosten, die durch die Wiedereröffnung entstehen könnten. Der erste Mietmonat wurde von der Pächterin ausschliesslich dazu verwendet, die Räumlichkeiten und die Infrastruktur auf Vordermann zu bringen: Putz- und Malerarbeiten, Lüftungs- und Kühlungsunterhalt, Beschaffung von Geräten etc. - alles ging zu

Lasten der Restaurant Tell AG. In den Jahren des Betriebs ist es der Firma gelungen, immer mehr Kunden zu bekommen. Die Feedbacks aus der Ostermundiger Bevölkerung waren durchaus positiv, denn das Restaurant Tell gehörte einfach zu unserer Gemeinde.

- Die neue Pächterin konnte im Herbst 2010 ein gut gehendes Restaurant übernehmen und die Gemeinde hatte plötzlich noch Geld von über 114'000 Franken übrig, um Instandstellungsarbeiten zu finanzieren. Nicht einmal ein Jahr hat das Mietverhältnis gedauert, bis das Restaurant erneut Pleite ging.
- Ich bitte die Verwaltung, den Schaden nicht noch grösser zu machen. Es kann nicht sein, dass man von der Restaurant Tell AG, die selbst so viel in den Restaurantbetrieb investiert hat, noch 31'000 Franken zurückverlangt, die in keiner Art und Weise gerechtfertigt sind.
- Die Gemeinde aber muss sich den Vorwurf gefallen lassen, in Sachen Restaurant Tell mehr als nur unvernünftig gehandelt zu haben. Hier muss die Verwaltung punkto Schadensbegrenzung und Forderungen an die bisherigen Pächterinnen nochmals über die Bücher.

10.3.72 Motionen
10.0.11 Reglemente Gemeinde

69. Überparteiliche Motion betreffend Einführung der parlamentarischen Initiative; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Änderung der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates und der Gemeindeordnung zu unterbreiten, mit der im Grossen Gemeinderat die parlamentarische Initiative eingeführt wird.

Begründung

Der Grosse Gemeinderat verfügt heute, wenn er eine Veränderung anstrebt, nur über die beiden parlamentarische Instrumente Motion und Postulat. Mit diesen Instrumenten kann er nur den Gemeinderat beauftragen, ihm ein Geschäft zum Beschluss vorzulegen oder ein Geschäft zu prüfen. Er hat heute aber nicht die Möglichkeit, ein Geschäft selber anzustossen resp. es selber an die Hand zu nehmen. Mit der parlamentarischen Initiative soll der Grosse Gemeinderat in Zukunft Geschäfte (Ausarbeitung oder Änderung eines Erlasses) aus eigener Initiative selber anpacken können.

eingereicht am 15. Dezember 2011

sig. C. Nova (SP)
E. Rippstein (CVP)
M. Werner (FDP)
E. Hirsiger (SVP)
R. Bolliger (EVP)
R. Wagner (EVP)
W. Bruderer (FORUM)
Ch. Zeyer (SP)

10.3.74 Einfache Anfragen
13.0.32 Parlamentarische Vorstösse

70. Einfache Anfrage H. Schoop (FDP) betreffend private Beiträge für Exkursionen, Landschulwochen zur Stärkung der sozialen Kompetenz der Schüler in unserer Gemeinde; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Bekanntlich sind die Beiträge unserer Gemeinde hinsichtlich Exkursionen oder Landschulwochen sehr eingeschränkt. In anderen Worten erlauben diese Mittel nicht immer die notwendige wie gewünschte Durchführung von Aktivitäten, die insbesondere der sogenannten sozialen Kompetenz dienen, obwohl dieses Ziel mit Blick auf Zusammensetzung der Schülerschaft oder auf den Stellenwert für ein Lernklima als sehr bedeutungsvoll - nicht nur von der Lehrerschaft - beurteilt wird.

In diesem Zusammenhang meine Fragen:

1. Besteht in unserer Gemeinde oder bei der Lehrerschaft eine Weisung (schriftlich/mündlich bei Kanton oder Gemeinde), die eine Annahme von privaten Geldern für solche Zwecke regelt oder untersagt, bzw. wie ist eine solche begründet und kann sich der Gemeinderat im nachfolgenden dargelegten Sinne für einen Einsatz solcher Mittel im üblichen, transparenten wie unbürokratischen Rahmen in unserer Gemeinde vorstellen bzw. für eine separate Weisung des Departementvorstehers aussprechen?
2. In anderen Worten kann sich der Gemeinderat vorstellen, dass Gelder für solche Zwecke von der Lehrerschaft angenommen und via Schulleitung transparent abgerechnet werden kann ohne einen bürokratischen Bewilligungsverfahren durchlaufen zu müssen?

Wohlverstanden für Mittel, die den üblichen Rahmen nicht sprengen und von welchen man nicht von einem neudeutschen Sponsoring für die Schule sprechen müsste. Was unterscheidet diese Art von privater Unterstützung jene von Stiftungen mit solchen oder ähnlichen Zielsetzungen falls eine strikte Untersagung in unserer Gemeinde bzw. allfällige „Geringschätzung“ dieser Art von der Förderung der sozialen Kompetenz unserer Schüler vorhanden sein sollte.

eingereicht am 15.12.2011

sig. H. Schoop (FDP)

Mein Schlussvotum

Ratspräsident Norbert Riesen (SP): Ich habe versprochen, kein grosses Schlussvotum von mir zu geben. Trotzdem, der Job des Präsidenten hat mir mehr Spass gemacht, als ich zu Beginn angenommen hatte. Besten Dank euch Parlamentsmitgliedern, dass ich die Sitzungen leiten konnte, wie ich mir das vorgestellt habe. Ich habe versucht, mich an die Spielregeln zu halten. Das gegenseitige Vertrauen und die Toleranz habe ich sehr geschätzt. Ebenfalls besten Dank dem Parlament und dem Gemeinderat. Beide haben wesentlich zu entspannten und guten Diskussionen beigetragen. Auch die Präsenz der Gemeinderatsmitglieder ist zu loben.

Ostermundigen: Ich bin hier aufgewachsen und möchte noch hier bleiben. Eine gewisse Leidenschaft für die Gemeinde ist hier im Tellsaal spürbar. Ostermundigen ist eine interessante Gemeinde und hat viel Spannendes und Gutes zu bieten. Letztendlich ist das Wichtigste die Menschen, welche sich für die Gemeinde Ostermundigen einsetzen.

----- **A p p l a u s** -----

1. Vizepräsident Michael Werner (FDP): Norbert, du hast dich getäuscht! Das letzte Wort hat der 1. Vizepräsident: Merssi viu mau im Namen sämtlicher Ratsmitglieder und des Büros des GGR für deinen Einsatz zum Wohle der Gemeinde Ostermundigen. Als kleines Weihnachtspäsent für ruhige Zeiten in Form eines Wellnessgutscheins im Hotel Beatus in Merligen möchte ich dir hiermit überreichen - vielen Dank Norbert für deinen Einsatz zugunsten der Gemeinde Ostermundigen!

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Norbert Riesen

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär